

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

234 (7.10.1921)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruher Ablagen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelheft 25 P.

Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 1.20 M. Die Restamezeile 8.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Zur Regierungsbildung in Preußen

Wie die „P. R. N.“ hören, stellt die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages folgende Forderungen für das Regierungsprogramm einer Koalitionsregierung:

1. Anerkennung und Verteidigung der Republik;
2. Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes in Staat und Gemeinde;
3. Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Polizei;
4. Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung;
5. Fortsetzung einer grundlegenden Justizreform;
6. Schaffung eines zeitgemäßen Disziplinargesetzes;
7. Schärfste Heranziehung des Besitzes zum Ausgleich des Staatshaushaltes.

Außerdem sollen, wie die „P. R. N.“ hören, Demokraten und Zentrum die Frage der Kronenabfindung und ihre endgültige Regelung zur Sprache bringen wollen bei den gemeinsamen Besprechungen über das neue Regierungsprogramm.

Loucheur und Rathenau in Wiesbaden

II. Berlin, 6. Okt. Aus Wiesbaden wird gemeldet, Wiederbauminister Rathenau und der französische Wiederbauminister Loucheur sind heute früh in Wiesbaden eingetroffen. In der Begleitung Loucheurs befinden sich der Generaldirektor für Kohlen, Abdr., Lannert als Finanz- und Pech als technischer Sachverständiger. Die Verhandlungen begannen heute vormittag 11 Uhr und werden voraussichtlich heute und morgen andauern. Der Vorsitzende des deutschen Kohlenkomitees Lübbert befindet sich bereits seit einigen Tagen in Wiesbaden zu Vorbesprechungen wegen Kohlenlieferungen. Auf deutscher Seite nehmen an den Verhandlungen außer dem Minister Rathenau teil: Staatssekretär Müller, die Ministerialräte Gungen, Fischer und Ruppe vom Wiederbauministerium; Baron von Stein, sowie Ministerialrat und Direktor Wallmischky und Geh. Hof Ruppe vom Auswärtigen Amt.

III. Berlin, 6. Okt. Minister Dr. Rathenau und Loucheur haben heute in Wiesbaden das Abkommen über deutsche Sachlieferungen an Frankreich abgeschlossen. Die Unterzeichnung der Nebenabkommen erfolgt voraussichtlich am Freitag. In dem Hauptabkommen befinden sich die beiden Regierungen den Willen, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs durch Lieferung von Einrichtungen und Betriebsgegenständen und von Baumaterialien in möglichst großem Umfange zu bewirken. Die Durchführung der Lieferungen soll auf beiden Seiten durch private rechtliche Organisationen erfolgen. Die Lieferungen der deutschen Organisation neben den Lieferungen des Reiches aus Anlage 3 (Schiffe), Anlage 5 (Kohlen- und Kohlenprodukte) und Anlage 6 (Farbstoffe und chemische Produkte) zu Teil 8 des Friedensvertrages. In den Lieferungen ist die deutsche Organisation nur insoweit verpflichtet, als dies mit den Produktionsmöglichkeiten Deutschlands, den Bedingungen seiner Rohstoffversorgung und den inneren Bedürfnissen seines sozialen und wirtschaftlichen Lebens vereinbar sind. Der Gesamtwert der Leistungen und Lieferungen aus dem Goldmark soll bis zum 1. Mai 1926 7 Milliarden Goldmark nicht überschreiten. Die Lieferungen sollen erfolgen durch unmittelbare freie Vereinbarung der deutschen und französischen Organisationen. Die Zahlungen an die deutsche Lieferungsorganisation geschehen durch die deutsche Regierung. Dieser wird der Wert der Lieferungen auf das Reparationskonto gutgeschrieben.

Stechbriefe gegen die Kappisten

III. Leipzig, 6. Okt. Der Oberreichsanwalt erläßt Stechbriefe gegen den Generaladjunktadirektor Kapp aus Königsberg, den Major a. D. Pahl, den Oberst a. D. Bauer, den Arzt und Volkswirtschaftler G. B. Schiele aus Raumburg a. d. S., den Schriftsteller Karl Schindler, den Schriftsteller Kreibitzsch-Vincola, den General der Infanterie a. D. Freilich v. Lüttich und den Korvettenkapitän Ehrhardt. Die Reichsregierung hat eine Belohnung bis zu 50 000 M für den Auslieferer, der zur Aufklärung des Sachverhalts oder zur Ergreifung eines der geflüchteten Angeklagten beiträgt.

Wirklich und wahrhaftig: der Oberreichsanwalt erläßt endlich, nach anderthalb Jahren, Stechbriefe gegen die führenden Personen des verbrecherischen Kapp-Buttsches. Allerdings Achtung vor einer solch gerecht und pünktlich zugreifenden Justiz! Seit Jahr und Tag führen diese Verbrecher in Bayern ein fröhliches Dasein, organisieren Anschläge gegen die Republik, die mit zu verteidigen auch der Oberreichsanwalt wenigstens von Amtswegen verpflichtet ist, aber der Herr Oberreichsanwalt braucht anderthalb Jahre, bis er sich zu einer solch einfachen Amtshandlung aufrafft. Wenn unter dem Kaiserreich Republikaner nur den hundertsten Teil dessen begangen haben würden, was die Stechbriefe gegen die Republik verübt haben, heida, wie sint wäre der Herr Oberreichsanwalt hinter ihnen her gewesen. Der Justizskandal in der Behandlung der Kapp-Buttschisten sank schon lange um Himmel, endlich scheint der Gestank dieses Skandals auch die Geruchsnerven des Herrn Oberreichsanwalts berührt zu haben. Oder, ist ihm eine kleine Aufmunterung zuteil geworden?

Steigende Teuerung

III. Berlin, 6. Oktober. Nach einem Bericht des statistischen Reichsamtes ist die Preisindexziffer, der Lebenshaltungskosten für die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete zugrunde liegend, im September gegenüber dem Vormonat um 17 Punkte oder 1,8 Proz. auf 1062 gestiegen. Gegenüber dem Januar dieses Jahres beträgt die Steigerung 12,5 Proz. (944), gegenüber dem September 1920 30,3 Proz.

Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten ist in der Hauptsache auf die Preissteigerungen für Lebensmittel zurückzuführen. Die Indexziffer für die Ernährungslosten allein ist von 1899 im August um 1,4 Proz. auf 1418 gestiegen. Gegenüber Januar dieses Jahres beträgt die Steigerung der Ernährungslosten 13,1 Proz. Im Berichtsmontat haben zu dieser Erhöhung teilweise noch erhebliche Preissteigerungen für Nahrungsmittel, Hülsenfrüchte, Schweinefleisch, Speck, Milch und Fische beigetragen. Außerdem kommen in der Septemberzahl die im August eingetretene Brotpreisrückgänge zum ersten Mal voll zum Ausdruck. Demgegenüber haben sich in fast allen Erzeugungsgruppen Kartoffel und Gemüse nicht unbeträchtlich ermäßigt. Auch die Aufwendungen zur Heizung und Beleuchtung sind erneut gestiegen. Die Erhöhung war im Berichtsmontat innerhalb des Reiches nicht völlig ausgeglichen. In einer Reihe von Gemeinden war die Preisermäßigung für Kartoffeln und Gemüse so bedeutend, daß trotz der Erhöhung der Preise für sonstige Lebensmittel eine Verminderung der Gesamtkosten eintrat.

Bor der Entscheidung über Oberschlesien

II. Paris, 6. Okt. Ueber die Entscheidung, die der Völkerbundrat oder vielmehr der Rierer-Ausschuß in Genf über die oberschlesische Frage angeht getroffen haben soll, zirkulieren heute neue Gerüchte. Alle diese Meldungen sind phantastische Kombinationen, denn erstens werden die Verhandlungen der Rierer-Kommission völlig geheimgehalten und sogar hochstehende Persönlichkeiten und Mitglieder des Völkerbundesrates sind zugegebenemassen noch vollständig im Unkenntnis über den Verlauf der Rierer-Kommission. Die Frage ist nur noch die, ob die Entscheidung, so wie sie in Genf getroffen wird, in London und Paris anerkannt wird. Es heißt allerdings, daß der Völkerbundrat für die Ententestaaten verbindlich sei; es heißt aber auch, daß sich Paris und London auf der Pariser Konferenz verpflichtet hätten, den Genfer Schiedsspruch anzunehmen, aber andererseits ist nicht zu vergessen, daß man auf der Pariser Konferenz ausdrücklich festgelegt hat, daß der Völkerbundrat in Genf nur eine Lösung, die er empfehlen kann, vorschlagen soll.

III. London, 6. Okt. Das Reutersche Büro erfährt aus wohlunterrichteter französischer Quelle, daß Vertreter der britischen, der italienischen und der französischen Regierung am Sonntag in Paris zusammentreffen werden, um Vorbereitungen für die Maßnahmen zu treffen, die von den Truppen der drei Mächte in Oberschlesien ergriffen werden sollen, wenn die Entscheidung des Völkerbundes über die oberschlesische Frage bekannt gegeben wird.

Bedenkliche Vorgänge in Oesterreich

III. Wien, 6. Okt. (Telephon.) In Wien herrscht seit einigen Tagen Panikstimmung, die nicht nur an der Börse, sondern auch im großen Publikum um sich greift, das alles unternimmt, um die österreichischen Kronen los zu werden. Alle Geschäfte der Stadt sind überfüllt. Es wird alles gekauft, was überhaupt zu haben ist; nicht nur Lebensmittel, sondern auch Schuhe, Kleider und Möbel für jeden beliebigen Preis. Infolge dessen gehen die Preise ununterbrochen sprunghaft in die Höhe. Diese Stimmung wird noch durch immer stärker werdende Gerüchte erhöht, daß ungarische Infurgenten die Küstungen besetzen und möglicherweise schon in den nächsten Tagen einen Ueberfall auf Oesterreich versuchen werden. Diese Meinung wird auch in Regierungskreisen geteilt. Die Truppen an der Grenze werden verhäkelt. Bei einem ungarischen Ueberfall werden auch große Teile der Arbeiterschaft zu den Waffen greifen.

München, 5. Okt. (Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die aus Tirol heute morgen einlaufenden Nachrichten lassen die Befürchtung als gerechtfertigt erscheinen, daß Tirol vor ärgsten Anzügen steht. Die Ursache ist in erster Linie der seit einiger Zeit wieder besonders hervorbrechende Ausverkauf des armen Landes durch ausländische Kapitaläre. Diese Erregung ist von der Landesleitung der Tiroler Heimwehr unter Führung des Dr. Steidle — eines altheimischen Anarchisten, der sich christlich-sozial nennt — zu einer wüsten Hebe gegen Wien und die deutsch-österreichische Republik mißbraucht worden. Dr. Steidle fordert in einem Aufruf zur Gründung eines „Deutsch-Schutzbundes“ auf mit dem Ziele, den im Zustand der Auflösung befindlichen Staat vor jedem gewalttätigen Umsturzversuch, den kein Mensch außer ihm vielleicht plant, zu schützen. Die Ziele dieser Agitation werden klar, wenn man sich folgende einwandfrei festgestellten Tatsachen vor Augen hält: Während in Bayern die Selbstschutzbünde nur mehr eine illegale Existenz führen, können sie in Tirol in aller Öffentlichkeit ihr Unwesen treiben. Sie erhalten deshalb auch starken Zugang aus Bayern und große Waffenmengen werden aus Bayern nach Tirol schon seit Monaten verschoben. Dr. Steidle verlangt von der Regierung sofortiges Eingreifen, vor allem ein Einreiseverbot gegen Ausländer.

Stellungnahme der Betriebsräte

Die Betriebsräte der Angestellten und Arbeiter des Elektrizitäts- und Gaswerkes Jansbrunn haben am 29. September beschlossen, den Verwaltungsrat der beiden Werke, die Landesregierung und den Stadtmagistrat in Kenntnis zu setzen, daß die Arbeiter- und Angestelltenchaft des Elektrizitäts- und Gaswerkes entschlossen ist, dieser ungerechtfertigten Verteuerung durch Selbsthilfe zu begegnen. Die Betriebsräte erklären, daß sie, falls die wirtschaftlichen Verhältnisse die Kaufkraft und Händler veranlassen sollten, mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln Wucher zu treiben, allen ihnen bekanntgegebenen Wuchern den Riß- und Kraftstrom absperrn. Die Betriebsräte fordern die Landesregierung und den Stadtmagistrat auf, Vorbehalte zu treffen, damit die Arbeiter- und Angestelltenchaft nicht gezwungen ist, das letzte Mittel der Selbsthilfe in Anwendung zu bringen.

Reichskrise — Zentrumskrise

Von Prof. Trimborn, Köln

Der Kampf um Sein oder Nichtsein der Deutschen Republik, der seit den Schüssen von Griesbach, die den ehemaligen Reichsfinanzminister Erzberger niedertrachten, in ein entscheidendes Stadium getreten ist, wird in seinem endgültigen Ausgange ungewisselt in hohem Maße beeinflusst durch die inneren Auseinandersetzungen in der Zentrumspartei. Die reinliche Scheidung der Geister in Republikaner und Monarchisten, in Anhänger und Verächter der Demokratie, wird in dem Augenblick vollzogen sein, in dem der häusliche Streit in der Zentrumspartei nach der einen oder anderen Richtung hin seine Erledigung gefunden hat.

Wie die Krise im Reich, so drängt auch die Krise in der deutschen Zentrumspartei zu einer Klärung. Von dieser Klärung wird es abhängen, ob der republikanische Gedanke in den Massen eine Schwächung oder eine Stärkung erfährt. Leider ist gegenwärtig das Kampffeld noch völlig unübersichtbar. Die Mächte, die in der Zentrumspartei miteinander ringen, sind, wenn man den vorsichtigen Meldungen der Zentrumspresse Glauben schenken darf, vorerst noch ziemlich gleichwertig. Es darf aber nicht verdrängt werden, daß der rechte Flügel der Partei, der den Kurs der Reichspolitik nach rechts drehen will, mit viel größerer Beharrlichkeit und stärkerer Energie sein Ziel zu verfolgen scheint, als der linke Parteiflügel, der, in der Hauptsache geführt von den christlichen Gewerkschaften, bisher in dem inneren Streit in der Zentrumspartei eine mehr passive als aktive Haltung eingenommen hat. Zwischen den beiden extremen Richtungen, den offenen Monarchisten und den offenen Republikanern, ver sucht eine starke mittlere Gruppe, die sich weder entscheidend nach rechts noch nach links festlegen will, die Entwicklung aufzuhalten. Sie geht von der Auffassung aus, daß die wirtschaftlichen Gegensätze innerhalb der Partei auch diesmal noch durch die Gemeinamkeit der Weltanschauung zu überbrücken seien. Der größte Lauffer, den die Zentrumspartei in den letzten Jahrzehnten in der Person des verstorbenen Abgeordneten Karl Trimborn an ihrer Spitze sah, hat durch seine kluge Politik unzähligen die Gegensätze in der eigenen Partei zu verwickeln verstanden. Heute sind allerdings diese Gegensätze sehr stark geworden.

Die Zentrumspartei ist schon seit dem Tag ihrer Gründung eine Partei der widerstreitendsten Auffassungen gewesen. In ihr einte der gemeinsame katholische Weltanschauungsgedanke Arbeiter und Unternehmer, Kleinbauern und Großgrundbesitzer, kleine Mittelstandsexistenzen und großkapitalistische Mittelstandsverächter. Die Interessengegensätze aller dieser Berufsgruppen und Richtungen haben im Zentrum unzählige Male kollidiert. Sets fanden jedoch diese Kämpfe den notwendigen Ausgleich, der den Zerfall der Partei hintanhaltete. Nach dem Kriege sind jedoch die Gegensätze nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiete so stark geworden, daß auch die geriffelte Taktik nicht mehr ausreichte, die Gegensätze zu überbrücken. Mit der organisatorischen Trennung der katholischen bayerischen Separatisten vom Reichszentrum begann der Streit. Die unter Führung des schlaunen Dr. Heim bestehende bayerische Zentrumspartei war so einseitig auf agrarische Interessengruppen eingeschworen, daß sie den Linkskurs nach der Revolution nicht zu ertragen vermochte und, losgelöst von der alten Mutterpartei, in der Reichs- und Landespolitik eigene Wege zu gehen beschloß. Man mag über die reaktionären Königstreuen Bayern schimpfen so viel man will; sicherlich verdient die Politik der bayerischen Volkspartei das Prädikat eines christlichen Draufgängerturns, das sich offen zur Reaktion, zur antirepublikanischen Staatsverfassung bekennet, im Gegensatz zu der vorsichtig abwägenden Haltung der Zentrumspartei, die mit Rücksicht auf ihren buntgewürfelten Anhang sich, besonders in Norddeutschland, noch immer nicht getraut, entschieden ja oder nein zu sagen. Erst dieser Lage brachte das führende westdeutsche Zentrumsbüchlein, die „Kölnische Volkszeitung“, zu der Frage „Zentrum und Republik“ einen Artikel, der zeigt, wie man im Zentrum auch heute noch die Hoffnung nicht aufgegeben hat, mit einer schamankenden, ganz auf die Bedürfnisse des Tages eingestellte Politik die Einheit der Partei wahren zu können. Das Blatt schreibt:

„Das Zentrum hat sich mit der Frage ob Republik oder Monarchie noch nicht auseinandergesetzt. In der Zentrumspartei gibt es Republikaner und Monarchisten. Es ist gleichgültig, ob diese oder jene die Mehrheit in einer Partei bilden, die den Hauptwert auf Verfassung, Recht und Gesetz legt. Wahrscheinlich ist die Zahl derer, denen die Republik Herzenssache ist, in der Zentrumspartei geringer als die Zahl derer, die den monarchistischen Staatsgedanken noch nicht aufgegeben haben, aber trotzdem in den neuen Verhältnissen mitarbeiten, weil sie sich darüber klar sind, daß die Wiederherstellung der Monarchie für absehbare Zeit unmöglich ist.“

Es ist das Unglück Deutschlands, daß wir keine starke bürgerliche Partei haben, die einseitig und entschieden für die Demokratie und die republikanische Staatsverfassung eintritt. Das Zentrum, das am ehesten aufgrund seines zahlreichen Anhangs in den unteren Volksschichten unbedenklich eine derartige Politik treiben könnte, mag aus

Durch vor seinem rechten Flügel nicht, eine offene und entschiedene Linksorientierung vorzunehmen. Je nach der augenblicklichen Situation neigt das Zentrum entweder mehr nach rechts oder mehr nach links. Diese Schaufelpolitik wird zu einer Katastrophe führen, wenn nicht bald im Zentrum begriffen wird, daß die entschiedenste Betonung des republikanischen Staatsgedankens ein unabwiesbares Gebot der Stunde ist. Der Zentrumsführer Dr. Wirth, der als Reichskanzler gegenwärtig den Kurs des deutschen Reichsschiffes steuert, hat kürzlich erklärt, wenn er zwischen rechts und links zu wählen habe, würde er sich für die Arbeiterpartei, für die demokratische Republik entscheiden. Das war offen und mutig. Ebenso offen und ehrlich muß auch die deutsche Zentrumspartei in der jetzigen entscheidenden Reichsfrage den Mut finden, sich für die Republik und Demokratie auszusprechen. Nichts ist für den Bestand der deutschen Republik gefährlicher als eine Schaufelpolitik, wie sie aus den vorstehend zitierten Zeilen des führenden rheinischen Zentrumsblattes heraustrinkt. Mag wirklich durch ein klares und eindeutiges Bekenntnis zur demokratischen deutschen Republik die Einheit der Zentrumspartei in Trümmer gehen: Klarheit ist vor allen Dingen notwendig, wenn der Kampf um Sein oder Nichtsein der deutschen Republik Deutschland vor einem Chaos bewahren soll. Der vor der Tür stehende Kampf um die neuen Steuerordnungen wird ohnehin schon die Geister im Zentrum aufeinander plagen lassen. Zwischen den steuerpolitischen Auffassungen der Zentrumsarbeiter und der Zentrumsmittebesten kann eine Einigung unmöglich erzielt werden. Der Kampf und auch die Spaltung in der Zentrumspartei ist unausbleiblich. Ist es da nicht besser, sich entschieden und eindeutig freiwillig zum Fortschritt und zur Demokratie zu bekennen, bevor die vorhandenen Klaffen gegenüber die Partei zermürben und zerschneiden? Die Entwicklung der nächsten Wochen und Monate wird zeigen, ob die führenden Männer des jetzigen Zentrums so viel Weitblick besitzen, um durch eine kluge Politik die einst so stolze Partei vor dem völligen Verfall zu bewahren. Die Lösung der Krise im Zentrum bedeutet die Lösung der Reichsfrage, bedeutet die Entscheidung über die Frage Monarchie oder Republik.

Eine volkstümliche Steuer

G. Beck, Wöhrenbach

Es ist recht sonderbar, daß man auf der Suche nach neuen Steuern bisher an einer Steuerquelle vorbeigegangen ist, die im wörtlichen Wortsinne „an der Straße liegt“ und deren Erschließung alle Eigenschaften an sich trägt, die überhaupt eine „soziale“ Steuer haben soll. Es ist dieses die Besteuerung des Auto- und Motorradverkehrs (Kraftfahrzeugverkehrssteuer). Zunächst würde die feiertechnische Durchführung dieser Abgabe sich sehr einfach und nahezu kostenlos gestalten lassen können, so daß der ganze Ertrag der gesamten Summe nutzbar zu machen wäre. Jeder Auto- und Motorradfahrer müßte sich eine Steuerkarte lösen, die er bei seinen Fahrten ständig als Ausweis bei sich zu führen hätte. Darin zeigen zu entwerfende Steuermarken die stets vorausbezahlte Wegsteuer an. Die Steuer berechnet sich nach der zurückgelegten Strecke (z. B. pro Kilometer 80 Pfg.), worüber ein plombierter Streckenzähler jederzeit Aufschluß geben müßte. Jeder Steuer-, Zoll- und Sicherheitsbeamte müßte das Recht zur Kontrolle haben, die so ausgefallte werden könnte, daß Hinterziehung zur Unmöglichkeit würde.

Der soziale Charakter dieser Steuer läge offen zu Tage. Wer sich ein Auto leisten kann, muß auch in der Lage sein, die Abgabe für einen solchen Lebensaufwand zu entrichten. Auf jeden Fall würde die Kraftfahrzeugverkehrssteuer nur diejenigen treffen, die auch das erforderliche Kleingeld zu deren Entrichtung besitzen und zwar nicht nur bei den Luften, sondern auch bei den Lastautos. Und darin läge ihre große Volkstümlichkeit.

Aber auch andere, gewichtige Gründe sprechen für deren Einführung. Die Straßenwärter wissen davon ein Lied zu singen, wie die Autos und Motorräder die Straßen zerfressen und die erhöhten Unterhaltskosten auf deren Konto zu buchen sind. Mit der projektierten Steuer würde somit diese Verkehrsmittel mit Zug und Recht zu den Kosten der Straßenunterhaltung herbeigezogen und damit ein Problem gelöst werden, das in den betreffenden Kreisen des Straßenbaus schon vieles Kopfzerbrechen verursacht hat. Insbesondere hätte dieses auch eine Bedeutung für die vielen Ausländer, welche mit ihren Autos mit Vorliebe die gut gepflegten deutschen Wege zu Luftfahrten benutzen und für der Benutzung und Abnutzung bisher nicht ein-

rechten Heller bezahlen. Das arme Deutschland kann aber fürderhin diesen Vorkosten nichts Substantielles schenken. Es ist schon genug, daß diese Herrschaften durch Ausnützung der Salara unfer Volk und Land auspowern.

Weiter! Das Autofahren ist ein großes Vergnügen, wer wollte dieses leugnen! Vergnügungssteuer sind heute an der Tagesordnung. Aber warum soll nur der Proletarier, wenn er sein Mädchen im Laufe schwingt, seinen Steuerobulus dafür entrichten, hingegen der Reiche für die viel größere Luftbarkeit des Autofahrens steuerlich nicht erfaßt werden? Wer könnte eine solche Steuer gerechtfertigt werden?

Weiter! Alle Auto- und Motorradfahrer sind schlechte Kunden der Eisenbahn; sie vermindern durch ihren Selbstverkehr die Einnahmen derselben um bedeutende Summen, welche durch die Kraftfahrzeugverkehrssteuer wieder heringebracht werden könnten.

Natürlich würden die Autobesitzer gegen dieses Steuerprojekt Himmel und Hölle in Bewegung setzen. Voran wird die Anstaltsverwaltung der Kraftfahrzeuge gegen Sturm laufen und bewiesen wollen, daß die ganze Autoindustrie zu Grunde gerichtet und Hunderttausende Arbeiter brotlos würden — ein Schwindel, der immer wieder verurteilt wird. Denn stets war das Gegenteil der Fall! Die betreffenden Industrien, welche infolge der volkswirtschaftlichen Entwicklung steuerlich belastet wurden, erlebten eigenmächtiger Weise daraufhin stets einen Aufschwung. Man wird selbstverständlich diese Steuer nicht als eine Erbschaftsteuer ausgefallen, wemgleich es zu begrüßen wäre, wenn dadurch eine gewisse Einschränkung des Autoverkehrs die Folge wäre. Die Volksgesundheit würde daraus zweifellos einen Nutzen ziehen und die Volkseele nicht mehr so oft in Wallung geraten, wenn sie weniger Kriegsgewinnler und Schieberautos zu sehen bekäme.

Die Aufhebung der Zuckerbewirtschaftung

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter Leitung von Dr. Betz hat die Zuckerbewirtschaftung des Zuckers am 1. Oktober aufgehoben, ein neuer Beweis, für die „Tüchtigkeit“ dieses Reichsministers. Nicht als ob die Erhebung der Zuckersteuer dem deutschen Volk an der weiteren Zuckerbewirtschaftung des Zuckers gehindert hätte; tatsächlich ließen sich nach dem bisher planmäßig durchgeführten Abbau der Zuckerwirtschaft durch den Agrarminister Gernem keine besonders triftigen Gründe mehr ins Feld führen, für die weitere Aufrechterhaltung dieses letzten kümmerlichen Restes der Zuckerwirtschaft, der Zuckerbewirtschaftung des Zuckers. Sollte man aber zur freien Wirtschaft übergehen, dann müßte man auch für die nötigen Sicherungen, die dieser Schritt erfordert, sorgen. Was aber geschah die Zuckerwirtschaft für Zucker wird aufgehoben, dagegen bleibt die Einfuhr von Zucker gesperrt.

Die Folgen werden sich bald einstellen. Unter der Zuckerwirtschaft mit dem Verbot der Einfuhr und Ausfuhr war die Versorgung mit Zucker zu erschwerenden Preisen gesichert, wobei allerdings der starke Rückgang der Anbaufläche für Zuckerrüben und der Rückgang im Ertrag nur eine Verengung des dringenden Bedürfnisses ließ. Jetzt aber hat man durch Einführung der freien Wirtschaft ohne gleichzeitiger Freigabe der Einfuhr geradezu ein staatlich geschütztes Monopol auf Zuckerpreise geschaffen, die ohne Hemmung die Weltmarktpreise übersteigen können, da keine Einfuhr aus dem Auslande ein Übersteigen des Weltmarktpreises verhindert. Wir werden also in Zucker nicht nur sehr bald die Weltmarktpreise haben, sondern diese sogar übersteigen. Wo aber bleiben bei dem händigen Schrei der Erzeugerpreise nach Weltmarktpreisen die Weltmarktpreise für die Verbraucher? Außer den Aktionären der Zuckerindustrie weiß dem Herrn Reichsernährungsminister für seinen neuesten Schritt in der Ernährungspolitik niemand Dank, am wenigsten das arbeitende Volk.

Die kleine Justizreform

Ein. Die vom Reichsjustizministerium angeführte kleine Justizreform, die dem Reichstag im November vorgelegt soll, kann, wenn ihr Inhalt den Anforderungen entspricht, die wichtigsten Uebelstände der Justiz beseitigen. Es sollen in Zukunft an allen Gerichten, die in Strafsachen urteilen, mit Ausnahme des Reichsgerichts Laienrichter mitwirken, sowohl in der ersten wie in der Berufungsinstanz. Zum Schöpfen und Geschworenentum sollen auch die Frauen Zugang finden. Aber das Entscheidende wird sein, wie in Zukunft Schöffen und Geschworene ausgewählt werden. Bisher war es bekanntlich so, daß die Gemeindeverbände eine große Schöffensliste aufstellten, und daß das Landgericht aus dieser großen Liste die Geschworenen herauslieferte. Dabei fiel die Wahl regelmäßig auf Großgrundbesitzer, Fabrikbesitzer und Beamte, während ein Arbeiter auf der Geschworenenliste zu den seltensten Erscheinungen gehörte und auch dann noch meist vom Staatsanwalt oder vom

Verteidiger abgelehnt wurde. Für die Sozialdemokratie lag der Kern des Kampfes um die Demokratisierung der Justiz gerade bei dieser Auswahl der Laienrichter. Alle Sozialisten forderten von jeher, daß die Schöffen und Geschworenen gewählt werden sollten, wie jetzt schon die Richter beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht gewählt werden, also durch allgemeine und gleiche Verhältniswahl. Diese Forderung will der neue Entwurf des Reichsgesetzes zur Justizreform nicht erfüllen; aber er will ihr so weit entgegenkommen, daß wir diese Verhältniswahl hinnehmen können. Es soll in den Gemeinden nach dem bekannten gerechten Wahlsystem der Republik ein Ausschuss gewählt werden, der seinerseits die Schöffen und Geschworenenliste aufstellt; die bisherige Mitwirkung der beamteten Richter soll gänzlich fortfallen. Dieses System kommt auf eine gerechte Wahl hinaus, nur daß sie indirekt nicht direkt erfolgt.

Auch am materiellen Strafrecht soll der neue Entwurf die größten Schönheitsfehler beseitigen. Die politischen Strafschriften des geltenden Strafgesetzbuches, also vor allem der Majestätsbeleidigungsparagraphen und der des Hochverrats, begangen durch einen Anschlag gegen den Landesherren, sollen formell beseitigt werden, wie sie ja tatsächlich durch die Entwicklung schon längst aus der Welt geschafft worden sind. Ausgleich damit soll die republikanische Staatsform und ihre Repräsentanten einen wirksamen strafrechtlichen Schutz erhalten.

Nachdem man hinzu, daß sowohl der Ausschuss, der die Jahresliste der Schöffen und Geschworenen aufstellt, wie die jetzt Tagelöhner erhalten sollen, welche den Arbeitern die Teilnahme an der Rechtsprechung ermöglichen, so sind in diesem Notgesetz in der Tat unsere dringlichsten Forderungen an die Strafrechtliche Berücksichtigung. Es muß noch einmal mit allem Nachdruck hervorgehoben werden, daß nur auf diesem Wege der Reichsgesetzes Abhilfe der schlimmsten Schäden geschaffen werden kann. Das dem gegenüber die Justizverwaltung in den einzelnen Ländern durch bessere Auswahl der Staatsanwälte und der aufsichtsführenden Richter zu erreichen vermag, ist höchst untergeordneter Bedeutung. Die Strafrechtliche Verwaltung, soweit sie sich auf subterre Juristen stützen muß, wird noch lange anti-demokratisch und arbeitfeindlich sein; nur Arbeit auf eine lausige Sicht könnte für einen besseren juristischen Nachwuchs sorgen. Aber solange kann die Republik und kann die Arbeiterschaft nicht warten. Die Abstellung der schlimmsten Mängel darf auch nicht hinausgeschoben werden bis zur allgemeinen Revision des Strafgesetzbuches und der Strafprozessordnung; denn eine Republik ohne gerechtes Recht ist immer in ihrem Bestand bedroht. So gilt es denn, alle Kraft darauf zu werfen, um die längst fällige, jetzt endlich vom Reichsjustizamt angekündigte Notreform durchzuführen. Für sie müssen im Reichstage unfer besten juristischen Kreise eingesetzt werden. Zu Ablenkungsmanövern, welche die Partei auf die schlüpfrige Bahn des Kampfes gegen die einzelnen Richter hinführen möchten, darf sich gerade jetzt die Sozialdemokratie nicht hergeben.

6 Milliarden für den Wohnungsbau?

Der Wohnungsausschuss des Reichstages befaßte sich am Montag mit einem Antrag des demokratischen Abgeordneten Bahr, die Mietsteuer, die bisher 5 bis 10 Prozent beträgt, für die Rechnungsjahre 1922 und 1923 auf 110 vom Hundert des Mietwertes zu erhöhen. Kleinrentner mit einem Einkommen bis zu 15 000 M. sollen von der Abgabe befreit werden können.

Gegen diese gewaltige Erhöhung der Mietsteuer wandte sich der Staatssekretär im preussischen Wohnrauministerium von Scheidt. Er würde begrüßen, wenn die Mietsteuer auf etwa 20 bis 30 Prozent erhöht würde. Mehr aber sei zurzeit nicht zu tragen. Verdrängende man, daß zur Mietsteuer noch die wachsenden staatlichen und gemeindlichen Grundsteuern und die unermesslichen Reparaturkosten kommen, so erreichte bei der Annahme des Antrags Bahr die Mietpreiserhöhung etwa 250 Prozent. Das würde eine Revolutionierung unseres Wohnungswesens bedeuten. Die Neubautätigkeit sei übrigens nicht nur eine Finanzfrage, sondern eine Frage der gelehrten Arbeiter. Infolge Abwanderung, Kriegsverlusten und Mangel an Nachwuchs fehle es sehr an gelehrten Bauarbeitern.

Abgeordneter Silberfisch (Soz.) wandte sich ebenfalls gegen den Antrag Bahr. Silberfisch hat auf dem Mieterkongress in Dresden den Eindruck gewonnen, daß die Mieter gewillt sind, eine Mietpreiserhöhung zu tragen, wenn sie Sicherheit für die Erfüllung folgender Bedingungen haben:

1. Anhebung des Mieterrechts,
2. Absolute Gewissheit, daß die Mietpreiserhöhung der allgemeinen Wohnungswirtschaft und nicht der Bereicherung der Hausbesitzer dient,

Effehard

16 Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel

(Fortsetzung.)

Langsam ging der Abt ins Kloster zurück; er ließ Effehard, den Pförtner, zu sich rufen und sprach zu ihm: Es ist eine Fügung über Euch ergangen. Ihr solltet der Herzogin Hadwig einen Virgilius überbringen und ihr Lehrer werden. Die alten Weiber des Maro mögen mit lieblichem Sang die thüringischen Sitten besänftigen, heißt's im Sidonius. Es ist nicht Euer Wunsch?

Effehard schlug die Augen nieder, seine Wangen röteten sich.

Aber den Mächtigen der Erde dürfen wir keinen Anstoß geben. Morgen reiset Ihr ab. Ich verliere Euch ungern; Ihr wartet der bravsten und würdigsten einer. Der heilige Gallus wird Euch den Dienst gedenken, den Ihr seinem Stifte leistet. Bereisset auch nicht, aus dem Virgilius das Tielblatt wegzuschneiden mit der Verwünschung gegen den, der das Buch dem Kloster verschleppt.

Was des Menschen Herzenswunsch ist, dazu läßt er sich gern befehlen. Des Gehorsams Gelübde, sprach Effehard, heißt mich des Notgedrungen Willen sonder Zagen und Aufschub, sonder Lausheit und Murren vollziehen.

Er beugte seine Knie vor dem Abte. Dann ging er nach seiner Zelle. Es war ihm, als hätte er geträumt. Seit gestern war ihm fast zu vieles begegnet. Es geht noch anders ebenso: lang einformig schleicht das Leben, — wenn des Schicksals Wendungen kommen, folgt Schlag auf Schlag. Er rüht sich zur Reife. „Was du begonnen, laß unvollendet zurück, zieh ab deine Hand vom Geschäfte, darin sie tätig war, zueh aus im Schritt des Gehorsams,“ es war ihm kaum Not, sich diesen Satz seiner Regel vorzuhalten.

Auf seiner Zelle lagen die Pergamente des Psalmenbuchs, das Hildard mit Meisterhand geschrieben und mit seinen Bildwerken verziert hatte. Effehard war beauftragt, mit der wertvollsten Goldfarbe, die der Abt jüngst von venezianischen Handelsleuten erkaufte, die Anfangsbuchstaben auszumalen und den Figuren durch leisen Goldstrich an Krone, Repter, Schwert und Mantelstaum die letzte Rollendung zu geben.

Er nahm Pergament und Farben und trug seinem Gesellen hinüber, daß er statt seiner die letzte Hand ans Begonnen lege; Hildard war gerade daran, ein neues Bild zu entwerfen, die David vor der Bundeslade tanzt und die Laute spielt, — er schaute nicht auf. Schweigend verließ Effehard seine Künstlerstube.

Er wandte sich zur Bibliothek, den Virgil anzulesen. Wie er droben stand im hochgewölbten Saal, einam unter den schwebenden Pergamenten, da kam ein Gefühl der Wehmut über ihn; auch das Besoffe stellt sich bei Abschied und Wiedersehen vor den Menschen, als trübe eine Seele in sich und nähme Anteil an dem, was ihn bewegt.

Die Bücher waren seine besten Freunde. Er kannte sie alle und wußte, wer sie geschrieben; — manche der Schriftzüge erinnerten an einen vom Tode schon entführten Gefährten.

Was wird das neue Leben besorgen, das von morgen für mich anhebt? Eine Träne stand ihm im Auge. Jetzt fiel sein Blick auf das kleine in metallene Decke gebundene Glossarium, in dem einst der heilige Gallus, der am Bodenlese üblichen Landesprache unfundig, sich vom Pfarrherrn zu Urbon die notwendigen Worte hatte verdeutschen lassen. Da gedachte Effehard, wie des Klosters Stifter mit so wenig Ausrüstung und Hilfe dereinst ausgezogen, ein fremder Mann unter die Heiden, und wie sein Gott und sein unverzagter Herz in Not und Fährlichkeit ihn immer frisch gehalten. — sein Mut stärkte sich, er küßte das Büchlein, nahm den Virgil aus dem Schrein und wandte sich, zu gehen. Mer dieses Buch wegrägt, den sollen tausend Pfeilschüsse treffen und Lähmung und Ausschlag dazu! stand auf dem ersten Male. Er schnitt weg.

Nach einmal schaute er um, als wollten ihm vom Brett und Kasten die Bücher einen Gruß zuwinen. Da hub sich ein Knistern an der Wand, der große Rauch, den der Klostertiel Gehrung einst auf drei Schuh langer Tierhaut zu des Abts Hartwulfs neuem Klosterbau angefangert hatte, löste sich von dem festhaltenden Nagel und stürzte nieder, daß eine Staubwolke daraus emporstieg.

Effehard machte sich keine Gedanken darüber. Wie er den Gang des oberen Stockwerks entlang schritt, kam er an einem offenen Gemach vorüber. Das war der Winkel der Alten. Der blinde Thieto saß drin, einst des Klosters Abt, sein schwindendes Augenlicht ihn abzuwenden nötigte. Ein Fenster war geöffnet, daß der Greis sich der sonnenwarmen Luft erfreue. Bei ihm hatte Effehard manche Stunde in traulichen

Gespräch verbracht. Der Blinde kannte ihn am Schritt und rief ihn zu sich. Wohin? frug er.

Hinunter, — und morgen fort ins Weite. Geht mir Eure Hand, ich komme auf den hohen Thiel.

Schlimm, sprach der Blinde, sehr schlimm! Darum, Vater Thieto?

Frauenthien ist ein schlimmes Ding für den, der gerecht bleiben will, Hofdienst noch schlimmer — was ist Frauen- und Hofdienst zugleich?

Es ist mein Schicksal, sprach Effehard. Sanft Gallus behüte und schirme Euch, sagte Thieto. Ich will für Euch beten. Geht mir meinen Stab.

Effehard wollte ihm seinen Arm bieten, den lehnte er ab; er erhob sich und schritt zu einer Nische in der Wand, dort stand ein schmales Fläschlein. Er nahm's herab und gab's ihm: 's ist Wasser aus dem Jordan, das ich selber einst geschöpft. Wenn Euch der Staub der Welt überfliegen hat und Eure Augen trüb werden wollen, so lauteret Euch damit. Meinen hilf's nicht mehr. Fahrt wohl!

Am Abend desselben Tages ging Effehard auf den Berg, an den sich das Kloster anlehnt. Seit langer Zeit war das sein Lieblingsgang. In den Hühnerhöfen, die dort zur Spendung löstlicher Fastenpfeife künstlich angelegt sind, spiegeln sich die Tannen; ein leiser Luftzug kauselt die Wellen, die Fische tummeln sich. Lächelnd ging er vorüber: Wann werd' ich wohl wieder einen von euch beschreiben?

Im Tannenwald oben auf dem Reudenberg war's feierlich still. Da hielt er an. Ein weites Ausbilde tat sich auf.

Zu Füßen lag das Kloster mit all seinen Gebäuden und Ringmauern; hier sprang der wohlbekannte Springquell im Hofe, dort blühten die Herbstblumen im Garten — dort in langer Reihe die Fenster der Klosterzellen, er kannte jedwede und sah auch die feimige: „Wohin' dich Gott, stilles Gelock!“ Der Ort, wo Tage strebbarer Jugend verlebte wurden, wirkt wie Magnetstein auf's Herz; es braucht so wenig, um angezogen zu sein, nur der ist arm, dem das große Treiben der Welt nicht Zeit vergönnt, sich örtlich und geistig an einem stillen Platz niederzulassen.

Effehard hob sein Auge. Hoch aus der Ferne, wie reiche Zukunft, glänzte des Bodensees Spiegel herüber, in verschwommenen Duff war die Rinne des anderseitigen Ufers und seiner Höhenzüge gefüllt, nur da und dort kostete ein heller Schein und ein Widerschein im Wasser, die Niederlassungen der Menschen andeutend.

(Fortsetzung folgt.)

Kommt die Entente endlich zur Einsicht?

3. daß es sich nur um Zwischenmaßnahmen mit dem Ziele der Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen handelt.

Im Laufe der lange Debatte schlug der Zentrumsabgeordnete Schack eine freiwillige Ueberarbeit der geleerten Bauarbeiter und eine Prozentige Lohnsteuer, die von den Unternehmern getragen werden solle, vor. Schließlich faßte der Ausschuß seinen Willen in folgender Resolution zusammen, die der Reichsregierung als Richtlinie für die alsbaldige Beschaffung von Mitteln für den Wohnungsbau dienen soll:

1. Es ist anzustreben, daß in den Jahren 1922 und 1923 mindestens je 200 000 Wohnungen gebaut werden.
 2. Zur Deckung der unrentierlichen Baukosten sind im Jahre 1922/23 den Ländern und Gemeinden mindestens 6 Milliarden Mark zur Verfügung zu stellen.
 3. Zu diesem Zwecke ist das Wohnungsabgabegesetz vom 26. Juni (Mietsteuer) weiter auszubauen.
 4. Sollte es nicht möglich sein, für das gesamte Reich die Baukosten eines Jahres unmittelbar durch Erhöhung der Wohnungsabgaben aufzubringen, so ist den Ländern zu überlassen, ob die neuen Einnahmen unmittelbar zu Zuschüssen oder zur Verzinsung und Tilgung der notwendigen Darlehen Verwendung finden.
- Ein Antrag Silberstein empfiehlt der Reichsregierung, neue Quellen zur Finanzierung von Neubauten durch Leistungen zu erschließen, die von der Industrie und Landwirtschaft aufgebracht werden. Gegen die Punkte 3 und 4 der Resolution stimmten die Unabhängigen und die Kommunisten.

Das Tragen von Uniformen

W.B. Berlin, 5. Okt. In den vom Reichsanwalt erlassenen Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten betreffend das Verbot des Tragens der Uniform vom 30. August 1921 wird bestimmt, daß die zum Tragen der Militäruniform berechtigten ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Macht dieses Recht in folgenden Fällen ausüben dürfen:

1. Bei Kirchgängen an den hohen kirchlichen und gesellschaftlichen Feiertagen.
2. Bei wichtigen Familienfeierlichkeiten und Dienstjubiläen.
3. Bei Beidenbegängnissen von Kameraden.
4. Bei Teilnahme an Festlichkeiten und kameradschaftlichen Zusammenkünften der Reichswehrangehörigen.
5. Bei solchen feierlichen Veranstaltungen unpolitischer Vereine, hinsichtlich der der zuständigen Reichswehrkommandeure die Teilnahme von Reichswehrangehörigen ausdrücklich genehmigt hat.

Die Uniform muß mit den für ehemalige Heeres- und Marineangehörige vorgeschriebenen Abzeichen versehen sein. Verboten ist das Tragen von Wändern, Armabändern, Vereinsabzeichen und dergleichen, deren Tragen zur Militäruniform nicht ausdrücklich genehmigt ist. Befeldungsbestimmungen, die für im Dienste der Friedenskommissionen stehende inaktive Offiziere gegeben sind, werden hierdurch nicht berührt. Das bisherige Recht der Generalfeldmarschälle zum Tragen der Uniform bleibt unberührt.

Badischer Landtag.

69. öffentliche Sitzung

gr. Karlruhe, 6. Oktober.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 8.50 Uhr. Den Platz des mit der heutigen Sitzung aus seinem Amt scheidenden Präsidenten Kopf, der für den kommenden Landtag kein Mandat mehr annimmt, rückt ein von den übrigen Mitgliedern des Präsidiums gewählter rüstiger Blumentod. Präsident Kopf dankt für die Gabe und gibt seiner Verteidigung über die von der Nationalversammlung und dem Landtag geleistete Arbeit Ausdruck.

Staatsvertrag bezüglich des Uebergangs der Wasserstraßen von den Ländern an das Reich

Abg. Gothein (Dem.) berichtet über den Gesetzentwurf, durch den der diesbezügliche Staatsvertrag genehmigt und das Staatsministerium ermächtigt wird, nähere Vereinbarungen bezüglich der Wasserstraßen zu treffen. Das Gesetz tritt mit dem 1. April 1921 in Kraft. Als dem allgemeinen Verkehr dienend sind folgende Wasserstraßen zu betrachten: der Rhein von Basel bis zur badisch-schweizerischen Landesgrenze, der Neckar und der Main. Die Aufgaben zwischen Baden und dem Reich werden in dieser Frage, wie auch bei den sonstigen Vereinbarungen, zweckmäßig geregelt.

Der Gesetzentwurf wird in beiden Lesungen in namentlicher Abstimmung mit 88 Stimmen einstimmig angenommen.

Zur Zurücksetzung der über 65 Jahre alten Beamten

Abg. Jhrig (Dem.) berichtet über den Antrag Schöfer (Ztr.) und Glöckner (Dem.) bezüglich der Zurücksetzung der Beamten. Nach dem Beamtengesetz vom 12. August 1908 kann im Gegensatz zu früher ein planmäßig angestellter Beamter, der das 65. Lebensjahr zurückgelegt hat, in den Ruhestand versetzt werden, auch wenn er durch sein Alter nicht genehmigt ist. Durch Entschließung des Staatsministeriums vom 2. Mai 1919 wurde angeordnet, daß in Zukunft mit zu prüfenden Ausnahmen jeder Beamter, der das 65. Lebensjahr zurückgelegt hat, — sofern er nicht zu den richterlichen Beamten gehört — als bald zurückzusetzen ist. Der vorliegende Antrag Schöfer (Ztr.) und Glöckner (Dem.) verlangt nun, von der weiteren Vollziehung der Staatsministerialischließung vom 2. Mai 1919, wonach die Beamten mit erreichtem 65. Lebensjahr regelmäßig in den Ruhestand versetzt wurden, Abstand zu nehmen und in Zukunft einen Beamten, der das 65. Lebensjahr zurückgelegt hat, nur dann in den Ruhestand zu versetzen, a) wenn der Beamte selbst es beantragt, oder b) wenn er wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte dem Dienste nicht mehr gewachsen ist. Dem Antrag gegenüber sprechen jedoch zahlreiche Gründe für die Zwangsruhesetzung. Der Badische Beamtenbund, der Verein höherer Beamten der inneren Verwaltung, der Fortverein und der Badische Lehrerbund treten ebenfalls für die Zwangsruhesetzung mit dem 65. Lebensjahr ein. Die Regierung kann daher dem Antrag Schöfer-Glöckner nicht beitreten, und zwar umso weniger, als dieser Antrag darauf hinausgeht, nicht nur die Staatsministerialischließung vom 2. Mai 1919 außer Kraft zu setzen, sondern überhaupt die Möglichkeit zu beseitigen, einen noch dienstfähigen Beamten wegen Erreichung der Altersgrenze gegen seinen Willen zurückzusetzen.

Der Ausschuß stellt deshalb folgenden Antrag: 1. Das Staatsministerium wird ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß auch für die Reichsbeamten eine dem § 24 des bayerischen Beamtengesetzes entsprechende Regelung geschaffen wird. 2. Die Denkschrift des Staatsministeriums über die zwangsweise Zurücksetzung der über 65 Jahre alten Beamten wird zur Kenntnis genommen. 3. Der Antrag der Abg. Dr. Schöfer und Gen. wird durch diese Beschlußfassung für erledigt erklärt.

Von den Abg. Sehnert (Ztr.) und Glöckner (Dem.) ist ein Antrag eingegangen, die Pensionierung von über 65 Jahre alten Beamten nur vorzunehmen, wenn hierzu dienstliche Gründe

Aus England kommen Nachrichten und dringen Stimmen durch, die darauf schließen lassen, daß man endlich in London die ungeheure Gefahr zu erkennen beginnt, die ganz Europa droht, wenn die bisher von der Entente gegen Deutschland betriebene Gewaltpolitik weiter zur Anwendung gelangt. Wir beschränken uns heute darauf, die nachstehenden Nachrichten wiederzugeben, die wir aber unsern Lesern zur Beachtung empfehlen.

„In einer Rede in Innerneß (Schottland) erklärte Lloyd George der „Westminster Gazette“ zufolge: Wenn wir auf die Washingtoner Konferenz gehen, so wird sie ein Ereignis sein, das für Jahrhunderte in der Geschichte bezeichnet stehen wird.“

Zur Arbeitslosenfrage sagte Lloyd George, die heutige Arbeitslosigkeit sei nicht eine gewöhnliche Handelsdepression, sondern sie sei auf die anormalen Verhältnisse und die zerrüttenden Folgen des Krieges zurückzuführen. Sie sei ein Weltproblem. Man könne kein Geschäft betreiben, während die Schwankungen des Wechselkurses fortbauerten. Der Kredit Englands sei unendlich höher als der irgend eines anderen am Kriege beteiligten Landes in Europa. Er sei zuversichtlich, daß die Lage sich allmählich festigen werde, wenn die Nationen einsehen, daß gute Beziehungen wesentlich seien für die nationale Wohlfahrt. Wenn die Regierung über das Arbeitslosenproblem einen Beschluß gefaßt haben werde, so werde sie ihn dem Unterhause unterbreiten, das befugt sei, sein Urteil darüber abzugeben. Männer, die arbeitslos seien, dürften nicht hungern, solange eine Brotkruste im Speiseschrank der Nation vorhanden sei.

„Manchester Guardian“ fordert in einem Leitartikel eine Neuordnung der internationalen Schulden als Mittel zur Behebung der Erwerbslosigkeit. Churchill sehe ein, daß es zum Vorteil Englands sein würde, wenn es den größeren Teil der von Deutschland geschuldeten Rechnung nicht einreibe, sogar in Frankreich dämmere endlich die Ueberzeugung, daß die Wohlfahrt in Frankreich in großem Maße von einer Art von industrieller Gemeinschaft mit Deutschland abhängt, und daß sie bestimmt vernichtet werde, wenn man versucht, das Numéraire von Deutschland zu erzwingen. Wenn, wie zahlreiche befugte Beurteiler erklären, Deutschland mit einer Geschwindigkeit abwärts treibe, die in wenigen Monaten zu seinem finanziellen Zusammenbruch führen werde, so sei das mehr, als England sich leisten könne. Dies müsse, wenn möglich, verhindert werden. Der Verlust des englischen Anteils an den Reparationen würde dann nichts sein verglichen mit dem Schaden, den England erleide, wenn das industrielle Deutschland in den Zustand Stollens verfallen sollte. Andererseits würde England durch eine Stabilisierung der deutschen Finanzen und durch Wiederherstellung

vorliegen, der durch Abg. Dr. Sehnert (Ztr.) in längerer Ausführung begründet wird.

Abg. Marum (Soz.): Der Abg. Sehnert hat gestern eine landwirtschaftliche Maßnahme gehalten und heute eine Maßnahme für die Beamten. Abg. Sehnert täuscht sich aber mit seinem Standpunkt. Denn die Beamten wollen mit wenigen älteren Ausnahmen die Zwangsruhesetzung der über 65 Jahre alten Beamten, wie es auch die Regierung wünscht. Die Maßnahme wurde unter dem damaligen Finanzminister, dem jetzigen Reichsanwalt, im Mai 1919 eingeführt, ohne daß 2 Jahre lang eine Beanstandung erfolgte. Solange untere und mittlere Beamten in Frage kamen, wurde nichts beanstandet. Als aber dann ein paar höhere Beamten daran kamen, erfolgte die Beanstandung. Eine nunmehrige Änderung zugunsten der Beamten wäre ein Unrecht gegen die mittleren und unteren Beamten. Auch die damalige Großherzogliche Regierung sprach von Ausnahmen abgesehen, von einer Selbstauflösung über 65 Jahre alter Beamten, die manchmal trotz Hinfälligkeit ihre Bezüge weiter beziehen wollen. Wer kann außerdem prüfen, ob der Mann mit 65 Jahren für sein Amt hinfällig ist oder nicht? Deshalb ist die Zwangsruhesetzung nötig, da sonst leicht die Behauptung der Günstlingswirtschaft entsteht. Eine Pensionierung auf Grund dienstlicher Gründe läßt sich immer finden, so daß damit nichts getan ist. Auf Grund des § 29 des Beamtengesetzes können wir deshalb sehr wohl die Zwangsruhesetzung aufrecht erhalten. Man sollte deshalb den Antrag Sehnert ablehnen, da er das Beamtengesetz ändert, und den Ausschußantrag annehmen. Wir wollen die Verjüngung der Beamtenenschaft und die Aufsteigsmöglichkeit der Beamtenenschaft.

Abg. Dr. Mayer-Karlruhe (D.N.) ist vom Standpunkt der Regierung in der Zwangsruhesetzung nicht befriedigt. Wir stimmen dem Antrag Sehnert zu.

Abg. Dr. Sehnert (Ztr.) erklärt, seine Wahlagitation mit seinem Antrag gehalten zu haben.

Finanzminister Köhler erklärt, daß die Regierung nur vom § 29 des Beamtengesetzes Gebrauch gemacht hat. Der Antrag des Abg. Sehnert, die Pensionierung von dienstlichen Gründen abhängig zu machen, ist eine Klauselbestimmung, die alles ins subjektive Ermessen stellt. Ich möchte deshalb aus Gerechtigkeitsgründen um Ablehnung des Antrags Sehnert bitten. Es ist auch so, daß im Ausschuß nur Beanstandungen höherer Beamten vorgetragen wurden. (Hört, hört!) Sehen müssen wir aber, eine bessere Versorgung der Pensionäre zu erreichen durch Erhöhung der Teuerungszulagen und Einrichten in Verbesserungsinstituten. (Sehr richtig!) In der Referendarprüfung befinden sich 68 Herren; wir haben also Ueberfüllung an Anwärtern und man kann die Leute nicht bis zum 50. Lebensjahr auf selbständige Stellen warten lassen.

Abg. Dr. Leser (Dem.) erklärt, daß der größte Teil seiner Freunde für den Ausschußantrag stimmen wird und den Antrag Sehnert ablehnen wird.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) erklärt, daß es Herrn Dr. Sehnert nicht einfiel, die 68 Herren, die in der Referendarprüfung stehen, mit ungelagerten Eiern zu vergleichen. Der Antrag Sehnert bedeutet eine Gesetzesänderung. Der Landtag wäre deshalb gut, die Materie heute nicht zu erledigen. Man sollte bis zur juristischen Klärung warten. Ich werde mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Ministerialrat Dr. Schmitt gibt juristische Erläuterungen und erklärt, daß es nicht angezweifelt werden kann, daß, wie Abg. Marum erklärt, auch Richter mit 65 Jahren in den Ruhestand versetzt werden können.

Der Antrag Sehnert (Ztr.) wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, eines Teils des Zentrums und einigen Demokraten abgelehnt.

Der Ausschußantrag wird mit Mehrheit angenommen.

Vorlesung der gestrigen Beratung über den Antrag Sehnert bezüglich der Einkommensteuer

Finanzminister Köhler: Es ist nicht richtig, daß bei der Einkommensteuer mit Härte vorgegangen wird. Es besteht deshalb kein Anlaß, den 1. Teil des Antrags Sehnert nach Berlin weiterzugeben. Ob das Reichsfinanzministerium auf den 2. Teil eingehen kann, ist bei der Finanzlage sehr fraglich. Es besteht deshalb auch kein Anlaß, den 2. Teil nach Berlin weiterzugeben. Wir sind für verständige Einsicht.

Abg. Dr. Sehnert (Ztr.) erklärt, daß mit diesen Erklärungen seine Wünsche erfüllt sind und wünscht deshalb, seinen Antrag damit als erledigt zu erklären.

Deutschlands mehr gewinnen, als es je aus den Reparationen herauszubekommen hoffen könne. Wenn jedoch die deutsche Mark den Weg der polnischen Mark gehen würde, so würden die Handelsbeziehungen Englands mit dem Festlande noch mehr in Unordnung gebracht werden, als dies bereits jetzt der Fall sei.

„Daily Chronicle“ zufolge wird anerkannt, daß eine dauernde Lösung des Arbeitslosenproblems von der Wiederherstellung normaler internationaler Handelsbeziehungen abhängig sei. Laut „Daily Mail“ herrscht in gewissen industriellen Kreisen die Ansicht vor, daß, wenn man Deutschland im gegenwärtigen Augenblick zwingen würde, seine Verpflichtungen zu bezahlen, das nur zu einem weiteren Fallen der Mark und zu ersten Wechselkurschwankungen führen würde, wodurch dem Wiederaufleben des Handels erster Schaden zugefügt werden würde. Laut „Daily Mail“ besteht die Möglichkeit, daß Änderungen von großer Bedeutung in der internationalen Politik der britischen Regierung eintreten könnten. Nach demselben Blatt erklärte der augenblicklich in London weilende Vizepräsident der amerikanischen Handelskammer, er sei persönlich der Ansicht, daß eine neue Erwägung über die Kriegsschulden der gesamten Welt zugute kommen würde. Es müsse alles getan werden, um die Vorkriegslage wieder herzustellen.

Nach einem offiziellen Bericht der Agentur Reuters schmelzen die zwischen Lloyd George und den Vertretern der Finanz- und Industrie geflochtenen Verhandlungen ein günstiges Resultat zu zeitigen. „Evening Standard“ teilt mit, daß es sich um ein Projekt von ungeheurer Tragweite handle. Die Banken sollen bereit sein, jeden Kredit für die Ausfuhr zu gewähren und, falls notwendig, ihre Reserven in Anspruch zu nehmen, vorausgesetzt, daß die Regierung für eventuelle Verluste der Banken aufkommt.

Der Delegierte Englands beim Völkerbund, Lord Fisher, erklärte dem Vertreter des Pariser „Temps“ folgendes:

„Es kommt alles darauf an, die Entwicklung Deutschlands zur Demokratie zu fördern. Ich meine es so, daß, wenn ein neuer Krieg ausbrechen würde, unsere ganze Kultur zum Untergang verurteilt wäre. Frankreich und England haben das größte Interesse daran, daß Deutschland pazifistisch wird und es handelt sich in erster Linie darum, in den nächsten 15 Jahren, während welcher Deutschland zu seiner Kriegsführung auferhalten ist, Deutschlands demokratische Entwicklung zu befürworten.“

Wir werden ja bald sehen, ob all den zukunftsreichen Reden und Versicherungen englischer und französischer Politiker auch entsprechende Taten folgen werden.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) begrüßt diese jetzige Stellungnahme und stellt fest, daß die Erklärungen des Finanzministeriums bereits im Ausschuss vorlagen. Der Antrag Sehnert rante zum Teil offene Türen ein, zum Teil war er unerschwinglich. Dies ist festzustellen.

Abg. Freudenberg (Dem.) schließt sich dem Vordemmer an. Der Antrag Sehnert (Ztr.) u. Gen. auf besondere Berücksichtigung bei der steuerlichen Veranlagung bei Uebergabe elterlicher Betriebe an die Kinder wird hierauf mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Demokraten abgelehnt.

Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) berichtet namens des Ausschusses über den Gesetzentwurf, der durch die Wohnungsnot und durch die Notwendigkeit ihrer Behebung notwendig wurde. Das badische Wohnabgabegesetz schließt sich dem Reichsgesetz an. Zur Zahlung verpflichtet ist der Eigentümer des Grundstücks; er kann von den Nutzungsberechtigten der Gebäude oder Gebäudeteile des abgabepflichtigen Grundstücks die Erstattung der Abgabe nach dem Verhältnis verlangen, in dem der Nutzungswert der von ihnen bewohnten Räume zu dem Nutzungswert des gesamten abgabepflichtigen Grundstücks steht. Zur Durchführung der nach dem Wohnabgabengesetz obliegenden Aufgaben werden die Gemeinden, die nicht mehr als 10 000 Einwohner haben, zu einem Gemeindevorstand zusammengefaßt. Als Wohnabgabegabegeld wird von bebauten Grundstücken, deren Gebäude vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind, für das Land eine jährliche Abgabe von 1/2 vom Hundert des Steuerwertes erhoben. Die für die Gemeinden zu erhebenden Pflichten aufzufolge werden auf 1/2 vom Hundert des Steuerwertes festgesetzt, mit dem das Grundstück zur Steuer vom Grundbesitzvermögen veranlagt ist. Auf Antrag des Ausschusses wird dem Gesetz beigefügt, daß Streitigkeiten über die Pflicht der Entrichtung der Wohnungsabgabe der Bezirksrat als Verwaltungsgericht entscheidet.

Eingegangen sind ein Antrag aller Parteien bezüglich der Handwerkerarbeiten bei den Wohnungsbaueuten.

Um 1 Uhr verläßt sich das Haus auf nachmittags 4 Uhr.

Nachmittags-Sitzung

Vorlesung der Beratung des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues

Abg. Dr. Mayer-Karlruhe (D.N.) hat eine Reihe Bedenken gegen das Gesetz. In dem Gesetz steht im Rest von Zwangswirtschaft. Ich kann mich mit dem Gesetz nicht befreunden.

Abg. Niederbühl (Dem.) begründet den Antrag aller Parteien bezüglich der Berücksichtigung des Handwerks beim Wohnungsbaue. — Abg. Glöckner (Ztr.) äußert Handwerkerwünsche.

Arbeitsminister Dr. Engler erklärt, daß die Regelung des Verdingungswezens dem Finanzministerium untersteht. In die Einzelheiten des Wohnungsbaues können wir uns nicht einmischen. Wir können da nicht vorgehen, sonst werden höhere Zuschüsse verlangt. Die Baugenossenschaften haben manigfaltig einen Kampf zu führen gehabt gegen Ueberborteilung durch Handwerker. Es darf nicht dahin kommen, daß eine Seite den Preis diktiert. Aber auch die Handwerker dürfen nicht den Baugenossenschaften und dem Staat den Preis diktieren. Es gibt Leute, die sonst keine Zwangswirtschaft wollen; in dieser Hinsicht wollen sie jedoch gerne Zwangswirtschaft. Der „angemessene Preis“ ist immer unklar. Der Staat zahlt angemessene Preise; doch muß auch die Arbeit und das Material entsprechend sein. Es sollte in dem Antrag der Soz. deren Kosten ganz oder in erheblichem Umfang aus staatlichen Mitteln bestritten werden“ gestrichen werden, da wir in diese Dinge nicht eingreifen können. Wenn die Ausschaltung für Bauten im Rückstand sind, so hängt dies damit zusammen, daß die Zuschüsse jährlich geändert wurden. Doch werden wir die Bauherren, soweit möglich, dazu veranlassen.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Mayer-Karlruhe und teilt mit, daß eine Aussprache über das ganze Bauproblem heute vor Landtagschluß nicht mehr möglich sei. Festzustellen ist, daß die Deutschnationalen im Ausschuss Feinere; Verhandlungen vorbrachten. Auch jetzt noch ist sich die deutschnationale Fraktion nicht klar, ob sie dem Gesetz zustimmen soll oder nicht. Die „Erläuterung“

fehlt noch. Die Deutschnationalen haben im Ausschuss auch nicht den Versuch gemacht, etwas zu bessern.

Abg. Spengler (Ztr.) macht handwerkliche Wünsche geltend. Abg. Dörfer (Soz.) wünscht, daß bei Vorbereitung der nächstjährigen Bauten die Arbeiten über das ganze Jahr verteilt werden.

Abg. Werner (Ztr.) äußert sich zu den Preisfragen beim Wohnungsbau.

Abg. Hofmann (Dem.) macht kritische Bemerkungen zum Wohnungsbau.

Abg. Gensch (Ztr.) wendet sich dagegen, daß nebenamtliche Fragen in den Vordergrund gestellt werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Gensch (Ztr.) wendet sich gegen den Antrag Niederbühl (Dem.) gegen die sozialdemokratischen Stimmen.

Abg. Gensch (Ztr.) erklärt, daß der Antrag Niederbühl von Zentrumsseite stammt.

Abg. Gensch (Ztr.) erklärt, daß der Antrag Niederbühl von Zentrumsseite stammt.

Abg. Gensch (Ztr.) erklärt, daß der Antrag Niederbühl von Zentrumsseite stammt.

Abg. Gensch (Ztr.) erklärt, daß der Antrag Niederbühl von Zentrumsseite stammt.

Abg. Gensch (Ztr.) erklärt, daß der Antrag Niederbühl von Zentrumsseite stammt.

Abg. Gensch (Ztr.) erklärt, daß der Antrag Niederbühl von Zentrumsseite stammt.

Abg. Gensch (Ztr.) erklärt, daß der Antrag Niederbühl von Zentrumsseite stammt.

Abg. Gensch (Ztr.) erklärt, daß der Antrag Niederbühl von Zentrumsseite stammt.

Abg. Gensch (Ztr.) erklärt, daß der Antrag Niederbühl von Zentrumsseite stammt.

Abg. Gensch (Ztr.) erklärt, daß der Antrag Niederbühl von Zentrumsseite stammt.

Abg. Gensch (Ztr.) erklärt, daß der Antrag Niederbühl von Zentrumsseite stammt.

Abg. Gensch (Ztr.) erklärt, daß der Antrag Niederbühl von Zentrumsseite stammt.

der Entwicklung der Gewerkschaften zu Kulturstätten der Arbeit einen großen Schritt näherkommt. In unseren Gewerkschaften sollen künftig nur solche Lehrpersonen wirken, welche auf Grund eines planmäßigen, wissenschaftlichen Studiums die Gewähr darbieten, daß die Ausbildung unserer werftätigen, gelehrten Arbeiter als ein Erziehungsproblem behandelt wird, wie dieses ebenso in der Erziehung und Bildung der anderen Stände des Bürgertums seit Jahren der Fall ist.

Bewerkschaftliches

Zur Abstimmung über die Gründung eines Verbandes der Getränke- und Lebensmittel-Industrie

Für nächsten Sonntag, den 9. Oktober, ist für die Mitglieder der Verbände der Brauerei- und Mälzerei, Bäckerei und Konditorei und Fleischer- und Metzgereien eine Abstimmung über die Verschmelzung dieser Organisationen zu einem Verbande der Getränke- und Lebensmittel-Industrie.

Die Bestrebungen, einen solchen Verband zu gründen, sind schon so alt, als die moderne Arbeiterbewegung selbst. Gleich nach dem Halberstädter Gewerkschaftskongress 1892 wurde von den Genossen Käppler (Müller), Kreißmar (Wäber), Wiehle (Brauerei), Gohmann (Fleischer) und Köhler (Kaufmann)

Soziale Rundschau

Die Arbeitsmarktlage in Baden

hat sich weiterhin gebessert, was in einem weiteren Sinken der Zahl der unterrichteten Erwerbslosen von 211 auf 1678 zum Ausdruck kommt.

Aus der Partei

Für den Wahlfonds sandten ein: Fintelstein 300 M., Belschneuer 34 M., Bruchsal 540 M., Eggenstein 123 M., Pfingstheim 30 M., Tiefenbrunn (2. Rate) 150 M., Büchig (Zellerfammlung) 50 M., Finkenheim (Zellerfammlung) 41 M., Hilpertsau 58 M., Spöck (2. Rate) 45 M., Diellingen 100 M., Wolfartsweier 61 M., Bergshausen 271 M., Bühl 419 M., Söllingen 300 M., Notensfels (2. Rate) 314 M.

Das Parteisekretariat: Oskar Trinius.

Finkenheim, 5. Okt. Der Besuch der Wählerversammlung am Sonntag, 2. Okt., war leider nicht gut. Die Gleichgültigkeit der hiesigen Arbeiterschaft ist sehr bedauerlich.

Söllingen, 5. Okt. Samstag, 8. Okt., abends 8 Uhr, veranstaltet der Bildungsausschuss der Soz. Partei im Gasthaus zum 'Feldschlösschen' einen Vortrag- und Diskussionsabend.

Unterwiesheim, (Sozialdem. Verein.) Samstag, 8. Okt., abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zur 'Schwäne' die monatliche Mitgliederversammlung der Sozialdemokr. Partei statt.

5. Bad. Landtagswahlkreis - Agitationsbezirk Karlsruhe

Öffentliche Versammlungen

Die bevorstehende Landtagswahl

Samstag, den 8. Oktober 1921: Breiten: Abends 8 Uhr im 'Bad. Hof'. Referent Genosse Kemmle, Minister des Innern.

Sonntag, den 9. Oktober 1921: Jöhlingen: Nachm. 3 Uhr im 'Lamm'. Referent Landtagsabg. Genosse Kriechbach (Bruchsal).

Palmbach: Abends 8 Uhr im 'Döhlen'. Referent Gen. Gude (Karlsruhe).

Weingarten: Nachm. 3 Uhr in der 'Festhalle'. Referent Gen. Dr. Kullmann (Karlsruhe).

Wilderdingen: Abends 8 Uhr im 'Köfle'. Referent Landtagsabgeordneter Genosse Karum (Karlsruhe).

Wohlfahrt: Nachm. 2 1/2 Uhr im 'Girch'. Referent Genosse Hauptlehrer Neher (Weingarten).

Schöllbrunn: Nachm. 2 1/2 Uhr im 'Grünen Baum'. Referent Genosse Dr. Nordmann (Karlsruhe).

Kuerbach: Nachm. 8 Uhr im 'Girch'. Referent Genosse Gagemann (Stillingen).

Langensteinbach: Abends 7 1/2 Uhr in der 'Festhalle'. Referent Genosse Gagemann (Stillingen).

Bühlertal: Nachm. 3 1/2 Uhr in der 'Linde'. Referent Landtagsabgeordneter Genosse Kurz (Gröbningen).

Kappelwinda: Abends 7 1/2 Uhr in der 'Linde'. Referent Landtagsabgeordneter Genosse Kurz (Gröbningen).

Barthalt: Nachm. 3 Uhr im 'Alder'. Referent Stadtrat Gen. Zuberli (Baden-Baden).

Steinbach: Abends 7 1/2 Uhr im 'Landprinzen'. Referent Stadtrat Genosse Zuberli (Baden-Baden).

Forst: Nachm. 3 Uhr in der 'Arone'. Referent Stadtvorordneter Genosse Beech (Karlsruhe).

Gauenberstein: Nachm. 3 Uhr im 'Alder'. Referent Genosse Kadner (Karlsruhe).

Walz: Abends 8 Uhr in der 'Rose'. Referent Gen. Kenschleg (Rastatt).

Sandweiler: Nachm. 3 Uhr in der 'Blume'. Referent Landtagsabgeordneter Genosse Hörter (Karlsruhe).

Detigheim: Abends 7 1/2 Uhr in der 'Sonne'. Referent Landtagsabgeordneter Genosse Hörter (Karlsruhe).

Unzhang: Nachm. 3 Uhr im 'Döhlen'. Referent Landtagsabg. Genosse Weber (Durlach).

Gandelsheim: Nachm. 3 Uhr im 'Lamm'. Referent Landtagsabgeordneter Genosse Gock (Karlsruhe).

Gausbach: Abends 8 Uhr im 'Bad. Hof'. Referent Genosse Streile (Karlsruhe).

Löberich (Amt Rastatt): Abends 7 1/2 Uhr im 'Girch'. Referent Prof. Genosse Köhler (Karlsruhe).

Karlsruhe: Nachm. 3 Uhr in der 'Arone'. Referent Stadtrat Genosse Löberich (Karlsruhe).

Neudorf: Nachm. 3 Uhr im 'Gambinus'. Referent Stadtvorordneter Genosse Schön (Karlsruhe).

Hügelheim: Nachm. 3 Uhr im 'Schwanen'. Referent Genosse Kluge (Karlsruhe).

Hiesheim: Abends 7 1/2 Uhr in der 'Arone'. Referent Genosse Kluge (Karlsruhe).

Hohenwart: Nachm. 3 Uhr im 'Girch'. Referent Stadtvorordneter Genosse Graf (Forzheim).

Schöllbrunn (Amt Forzheim): Abends 6 1/2 Uhr. Referent Genosse Graf (Forzheim).

Samberg: Nachm. 2 Uhr im 'Grünen Wald'. Referent Prof. Genosse Dr. Geiger (Forzheim).

Mühlhausen: Nachm. 2 Uhr im 'Alder'. Referent Hauptlehrer Genosse Kimmelman (Forzheim).

Tiefenbrunn: Nachm. 2 Uhr in der 'Sonne'. Referent Schulinspektor Genosse Kimmelman (Forzheim).

Steinbach: Nachm. 2 Uhr. Referent Hauptlehrer Genosse Hellmuth (Forzheim).

Stillingen: Nachm. 2 Uhr in der 'Linde'. Referent Vikar Gen. Gert (Forzheim).

Göblichen: Abends 7 1/2 Uhr im 'Engel'. Referent Vikar Gen. Gert (Forzheim).

Sauschott: Nachm. 2 Uhr im 'Döhlen'. Referent Genosse Seiler (Karlsruhe).

Kieselbrunn: Nachm. 2 Uhr im 'Alder'. Referent Stadtrat Genosse Bläser (Forzheim).

Elmendingen: Nachm. 2 1/2 Uhr im 'Löwen'. Referent Genosse Dr. Trautwein (Forzheim).

Stettfeld: Nachm. 3 Uhr in der 'Arone'. Referent Stadtrat Genosse Schwardt (Karlsruhe).

Plittersdorf: Nachm. 3 Uhr in der 'Blume'. Referent Stadtvorordneter Genosse Hipp (Karlsruhe).

Montag, den 10. Oktober 1921: Plankenloch: Abends 8 Uhr im 'Schwanen'. Referent Genosse Kemmle, Minister des Innern.

Bruchsal: Abends 8 Uhr im 'Bürgerhof'. Referent Genosse Dr. Engler, Arbeitsminister.

Dienstag, den 11. Oktober 1921: Büchenbrunn: Abends 8 Uhr in der 'Linde'. Referent Genosse Dr. Engler, Arbeitsminister.

Rastatt: Abends 8 Uhr in der 'Linde'. Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Schöpflin (Karlsruhe).

Freitag, den 14. Oktober 1921: Durlach: Abends 8 Uhr in der 'Festhalle'. Referent Landtagsabgeordneter Genosse Hörter (Karlsruhe).

Zu diesen Versammlungen hat jedermann Zutritt. Die Genossen werden daher ersucht, für guten Besuch zu agitieren. Bringt auch eure Frauen und Töchter mit, damit auch sie erfahren, um was es sich bei der bevorstehenden Landtagswahl handelt.

Das Parteisekretariat: Oskar Trinius.

Gerichtszeitung

1. Ein Nachspiel zum Kaniblerfall im Schnellzug. Am 2. Januar ds. Jz. wurde in dem Rechtsanwaltsbüro Basel-Anstet, dem der Gerichtspräsident Legin als Neuwerb zwischen Müllheim und Freiburg von dem Kaufmann Ludwig Wutscher aus Herbolzheim überfallen und durch Hammerschläge erheblich verletzt.

Wutscher, der es auf die Vererbung des Legin, den er für einen reichen Schweizer oder Holländer hielt, abgesehen hatte, wurde im Juni vom hiesigen Schwurgericht zu drei Jahren 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei der damaligen Verhandlung wurde sein Chef, der 28 Jahre alte Kaufmann und frühere Sägewerksbesitzer Otto Venig aus Krotzingen als Mitschuldiger des Wutscher entlarvt. Derselbe hatte im Laufgang des betreffenden Waggons 'Schmiere' gestrichelt. Früher bestritt er in der Voruntersuchung als Feuge unter seinem Eid, an dem Verbrechen irgendwie beteiligt zu sein. Venig wurde vom Freiburger Schwurgericht wegen versuchten Raubs und wegen falscher eidlicher Aussage zu vier Jahren 3 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Wutscher, dem es damals gelungen war, zu entkommen, stellte sich nach einigen Tagen in Basel freiwillig der Polizei.

Badische Politik

Gewerbelehrerstudium und Arbeitererziehung

Das Unterrichtsministerium hat vor kurzem in seinem Amtsblatt die Verfügung erlassen, daß von Ostern 1922 ab das Studium der Gewerbelehrer nicht mehr an Staatsrechnitum, sondern an der Techn. Hochschule zu erfolgen hat.

Das Unterrichtsministerium hat vor kurzem in seinem Amtsblatt die Verfügung erlassen, daß von Ostern 1922 ab das Studium der Gewerbelehrer nicht mehr an Staatsrechnitum, sondern an der Techn. Hochschule zu erfolgen hat.

Mit dem Erlaß der besagten Verfügung hat die badische Regierung die vielumstrittene Gewerbelehrerausbildungsfrage mit verständnisvoller Einsicht einer Lösung zugeführt, welcher

Paris. In der 7. 10 m m. 1/2 1/2 m m. Die pol. en, agit. In den Abg. der jehd. dene Fö. verchied. jeder un. steuergel. nesaft. wir folg. gen bo. erlassen. abzug. durch. komme. tungen. die für. derjähr. am 1. 31. M. zu ber. Wie. Steuerp. Veridific. Zeit zur. diejem. Sch. Vom. Eine fan. nommen. men. O. mühte le. haupfich. sonen, w. unterjähr. beghalt. in. Buchhinde. figer Sterr. der Herr. daß die s. als wie. drudereib. netzige. ein Buchsch. drucker. Buchprüf. In. band ange. an allen. nenntensm. The. ist so an. was sie in. so schnell. Preisen d. Es ist dod. war der g. Einschlag. nend dem. nicht entz. für uns. dringung. zumal die. Schubert. scher Eud. Berl. G. sich, fange. die Begrif. wurde eig. tende. die. der Rosen. und zumal. fadaler, in. nicht zu. Bisat als. hollen Ver. dramatische. höhnsprech. neid hinzu. sie auch an. gewissen. Der tüchtig. dieser sehr. Amerikazei. Begleitung. erste und. wieder das. macht sie n. sprechend. ein. Kunst. haben wir. Mit J. in seiner. ung. W. rein mater. Kantatie.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 7. Oktober.

Geschichtskalender

7. Okt. 1849 Der amerikanische Schriftsteller Edgar Allan Poe in Baltimore. — 1908 Österreich annektiert Bosnien und die Herzegowina. — 1918 Französischer Sozialistenkongress in Paris.

Karlsruher Parteinachrichten

Präsidentenwahl des „Vollfreund“. Heute abend 1/2 6 Uhr in der Redaktion des „Vollfreund“ Sitzung der Präsidentschaftskommission.

Bezirk Beierheim. Es sei nochmals auf die heute abend 1/2 6 Uhr im „Murgäcker Hof“ stattfindende öffentliche Versammlung hingewiesen. Gen. Prof. Köpcke wird über die politische Lage und die Landtagswahlen sprechen. Genossen, agitiert für guten Besuch.

Zum Steuerabzug

In weiten Kreisen ist die Meinung vorhanden, daß bei den Abzügen für Kinder vom steuerpflichtigen Einkommen der jeweilige oder Lohnempfangstag vorhandene Familienstand maßgebend sei. Es sind deshalb in verschiedenen Betrieben kleine Konflikte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entstanden, denn im Einkommensteuergesetz wird über die Handhabung auch nichts Näheres gesagt. Auf unsere Anfrage beim Finanzamt erhielten wir folgenden Bescheid:

Nach der Bekanntmachung des Reichsministers der Finanzen vom 30. März d. J. sind die zur Durchführung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1920 erlassenen Anordnungen auf die Durchführung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1921 mit den durch das Gesetz vom 24. März 1921 zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1921 begünstigten Änderungen mit der Maßgabe sinngemäße Anwendung, daß für die für die Ehefrau und die zur Haushaltführung gehörigen minderjährigen Kinder zugelassenen Abzüge der Familienstand am 1. April 1921 maßgebend ist. Für den Lohnabzug bis 31. März 1921 war der Familienstand vom 1. August 1920 zu berücksichtigen.

Wie aus der Antwort also ersichtlich, ist bei der jetzigen Steuerperiode der Familienstand vom 1. April d. J. in Berücksichtigung zu ziehen. Kinder, die also nach dieser Zeit zur Welt gekommen sind, können bei den Abzügen in diesem Steuerjahr noch nicht in Betracht kommen.

Schlechte Entlohnung der Buchbinder-Gehilfen

Der Buchbinderverband wird uns geschrieben: Eine stark besuchte Buchbinderversammlung hat Stellung genommen zu dem am 2. Oktober abgeschlossenen Lohnabkommen. Obwohl dasselbe als völlig unzureichend erklärt wurde, mußte leider doch festgestellt werden, daß in einigen Geschäften, hauptsächlich Anzugsbetrieben, und zwar bei leitenden Personen, welche mit ihrem eigenen Namen dieses Abkommen unterschrieben, diese Hungerlöhne noch nicht einmal zur Hälfte bezahlt werden. Es mußte weiter festgestellt werden, daß die Buchbinderarbeiten zu den schlecht bezahltesten Arbeiten dieser Stadt zählen. Durch das unzulässige Verhalten von Seiten der Herren Buchdruckerbetriebe ist es nun soweit gekommen, daß die Hilfsarbeiterlöhne in den Druckereien weit höher sind als die eines gelehrten Buchbinders. Die Herren Buchdruckerbetriebe betrachten die Druckerei-Buchbinder als minderwertige Arbeitskräfte und finden es als ungerecht, wenn z. B. ein Buchbinder denselben Lohn bekommen würde, wie ein Buchdrucker. Leider ist diese Ansicht noch vielfach auch unter den Buchdruckergehilfen vorhanden.

Im graphischen Gewerbe wird ein Industrieerwerb angestrebt und sind die Vorarbeiten überall im Gange und an allen Orten graphische Kartelle gegründet, welche schon nennenswerte Arbeit geleistet haben, in Karlsruhe ist es leider

nur bei der Gründungs-Versammlung geblieben. Das, diese Zustände auf die Dauer unhaltbar sind, wurde in der nachstehenden Entschließung zum Ausdruck gebracht: „Die am 8. Oktober in Karlsruhe versammelten Mitglieder des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter beantragen auf Grund des völlig unzureichenden Lohnabkommens vom 2. September sofortige neue zentrale Verhandlungen. Sie erklären, daß die Tatsache der großen Lohnunterschiede im graphischen Gewerbe für die Dauer untragbar ist und umgehend einer gründlichen Revision unterzogen werden muß. Wird diesem gerechten Verlangen nicht entsprochen, kann für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in den Betrieben während der Verhandlungsdauer nicht garantiert werden.“

Grünwinkel. Die hiesige Ortsgruppe des Arbeiter-Notenvereins „Solidarität“ hielt am Sonntag, 25. Sept., ihre Gründungsfeier ab, an der auch auswärtige Vertreter, sowie die freien Turner von Mühlburg und der Gemischte Chor Bruderverein teilnahmen. Mit einem Festzug wurde die Feier eingeleitet. Im „Engel“ wählte sich nach dem Eintreten der Besucher die übrige Programmatik. Am Freitagabend der Bruderverein Karlsruhe, Darglanden, Rühlheim, Müppurr, Gerrensau und Eßlingen wechselten in bunter Reihenfolge ab mit vorzüglichen turnerischen Auführungen der Mühlburger freien Turner und den schönen Liedern des Gemischten Chors Bruderverein. Allen Mitwirkenden sei herzlich gedankt. Ein Tänzchen beschloß die Feier, auf die der junge Verein mit Recht stolz sein kann. Nun weiter in der Arbeit mit dem Losungswort: Frisch auf!

Für die Opfer von Oppau haben die Arbeiter und Angestellten der Firma Rupp u. Koeller-Karlsruhe, Durlacher Allee, einen Stundenlohn gezahlt, was eine Summe von 1000 M. ergab. Den gleichen Betrag von 1000 M. zeichnete die Firma Rupp u. Koeller, jedoch der Betrag von 2000 M. dem Ortsauschuß Karlsruhe des Allgem. Deutsch. Gewerkschaftsbundes übergeben werden konnte. — Zudem die Versicherungsangelegenheiten hinsichtlich der Gehaltsverhältnisse, wie uns geschrieben wird, sehr unklar sind, haben doch die Angestellten der Karlsruhe Lebensversicherung die immerhin für ihre Verhältnisse ansehnliche Summe von zusammen 945 M. aufgebracht und dem Landesauschuß der freien Gewerkschaften zur Unterstützung ihrer notleidenden Mitglieder in Oppau zur Verfügung gestellt. — Anlässlich einer Versammlung des Hilfsbundes betriebener Essig-Fabrikanten, Ortsgruppe Karlsruhe, wurden durch Zettelverteilung 525,76 M. gesammelt. Das Geld wurde dem Ortsauschuß des Gewerkschaftsbundes, Stefanienstraße 74, für die Sammlung für Oppau überwiesen.

Die Schlagschiffahrt aus Ungarn. Am Mittwoch sind die ersten Transporte Grobholz aus Ungarn hier eingetroffen; weitere Transporte von solchen, sowie von Schafeln folgen. Durch diese Einfuhr wird ein weiteres starkes Steigen der Fleischpreise, das sonst unvermeidlich wäre, aufgehalten werden können.

Neue Briefmarken. Nach einer Mitteilung der Postämter Zeitung hat die Reichsdruckerei neben nach den Vorlagen des Reichsministerpostens eine neue Reihe von Briefmarken fertiggestellt. Es sind dies Marken im Werte von 60, 80, 100, 120, 150 und 180 Pfennigen, die Bilder von Schützen, Berg- und Landarbeitern darstellen. Der Entwurf stammt von dem Münchener Maler Paul Neuf, der bei dem Briefmarkenwettbewerb mit dem ersten Preis ausgezeichnet wurde.

Justizrat. Das hiesige Diakonissenhaus konnte dieser Tage sein 70. Jahrestag feiern. Gegenwärtig sind 500 Schwestern im Verband des Hauses und in den verschiedenen Arbeitsgebieten tätig.

Warnung vor spanischen Schwindlern. In letzter Zeit tauchen die spanischen Schwindler wieder auf. Ein Angehöriger schreibt, er sei wegen Bankrotts in Madrid inhaftiert, bei einem deutschen Bankhaus habe er aber noch 350 000 Schweizer Franken deponiert, die Dokumente darüber befänden sich in einem Geheimfach seines beschlagnahmten Kofferpacks; wenn der Adressat nach Spanien komme und Prozeßkosten und Strafe des Schreibers bezahle, so bekomme er die Hälfte der 350 000 Franken. Der Adressat wird aufgefordert, sein Kommen durch

ein Telegamm an eine spanische Adresse anzuzeigen. Es wird dringend davor gewarnt, sich auf den Schwindel irgendwie einzulassen, und empfohlen, derartige Briefe der zuständigen Behörde zu übergeben.

Die hiesigen Monatsberichte der Stadt Karlsruhe für die Monate April bis Juni 1921 sind erschienen. Sie sind im Buchhandel für 1 M. erhältlich.

Vollsbühne. Wie schon mitgeteilt, beginnt die Vollsbühne im Laufe der nächsten Woche ihr zweites Spieljahr. Die Karten sind bereits an die Vertrauensleute ausgegeben. Als erste Opernvorstellung der Reihe A geht am Mittwoch, den 12. ds., Verdis „Troubadour“ in Szene und die erste Schauspielvorstellung beginnt am Freitag, den 14. ds. (B. I.) mit „Kosy Bernd“ ein Schauspiel in 5 Akten von Gerhard Hauptmann, das bekanntlich für Karlsruhe Novität ist. Außerdem nimmt gleichzeitig die Vollsbühne ein neues Betätigungsfeld in Angriff. Es sind dies, die schon längst gewünschten „Einführung“ abende in das Schauspiel. Am ersten Abend, der am Donnerstag, den 13., stattfindet, wird Herr Professor Holl von der technischen Hochschule über „Kosy Bernd“ sprechen. Anschließend finden Regitationen von Mitgliedern des Landestheaters aus Hauptmanns Werken statt.

Zu diesem Abend erhalten außer den Mitgliedern der Vollsbühne, die die Eintrittskarten bei ihren Vertrauensleuten, oder in der Geschäftsstelle der Vollsbühne, Gartenstr. 4, ab Freitag, täglich von 5—7 Uhr, oder an der Abendkasse beziehen können, auch die Mitglieder des Theaterkulturverbandes gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedsarten in der Geschäftsstelle oder an der Abendkasse.

Badisches Landestheater. Die badische Kammerfängerin Hermine Bosetti vom Nationaltheater in München wird in der Reueinführung von Mozarts „Don Juan“ als Donna Elvira am Sonntag, 9., ein einmaliges Gastspiel absolvieren. Den Don Juan singt erstmalig Rudolf Wenzel, Hanna Kobegg die Zerline und Alfred Glah den Leporello. Die anderen Hauptpartien werden wie früher von Hedw. Tracoma-Büchelmann, Carl Gieseler, Rudolf Mah-Motta und Franz Schwerdt dargestellt. — Als nächste Reueinführung bereitet die Oper Meyerbeers „Prophet“ vor.

Sonaten-Abend. Am Sonntag, den 9. Oktober, werden die Brüder Hermann und Fritz Post im Saale des Postkonzertatoriums, Adlerstr. 33, einen Sonatenabend für Violine und Klavier geben, dessen interessantes Programm allgemeine Aufmerksamkeit finden dürfte. Die beiden Künstler, die sich bereits im vorigen Jahre große Anerkennung erworben haben und daher noch in bester Erinnerung sein dürften, werden Werke von Neger, Schumann und Brahms zum Vortrag bringen. Karten bei Kurt Neufeld, Waldstr. 30, im Sekretariat des Postkonzertatoriums und an der Abendkasse. Schüler des Konzertatoriums erhalten Preisermäßigung. Näheres Inserate.

Konzert. Wir möchten nicht verfehlen, auf die Abonnements-Konzerte des Herrn Raoul von Koczabish ganz besonders hinzuweisen. Das erste findet am 7. Oktober im Eintrachtssale um 7 1/2 Uhr abends statt. Bei der Bekanntheit des Konzertgebers als Chopin-Spieler dürfte ein Hochgenuss reiner Art bevorstehen.

Selbstmordversuch. In einer Wirtschaft der Südstadt versuchte sich gestern ein verh. Heizer aus Heilbronn durch Öffnen der Pulsader das Leben zu nehmen. Er brachte sich vier Schnittwunden bei. Nach Anlegung eines Notverbandes durch einen Arzt erfolgte seine Überführung nach dem städt. Krankenhaus. Motiv unbekannt.

Verkehrsstörung. Gestern nachmittag brach an der Kreuzung der Müppurrer- und Kriegstraße die Achse einer Lokomotive der Lokalbahn Spöck-Dürmersheim, wodurch eine Verkehrsstörung der Straßenbahn eintrat. Personen kamen nicht zu Schaden.

Valuta-Bericht vom 6. Oktober

Markkurs in der Schweiz ca. 4.80 Sts. Auszahlung Holland 39.50 M. per holl. Guld. Auszahlung Schweiz notierte 21.45 M. per schw. Fr. Auszahlung England 450 M. per fr. Sterl. Auszahlung Frankreich 8.90 M. per fr. Fr. Auszahlung New-York 120.50 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 6. Oktober 1921

Voraussichtliche Witterung bis Samstag nacht: Hiemlich heiter, trocken, mild, Herbstnebel.

Wasserstand des Rheins

Schwarzwald 54, gef. 17; Neßl 158; Ragau 310, gef. 9; Mannheim 186, gef. 2 Zentimeter.

Kleine badische Chronik

Wiesloch, 7. Okt. Im benachbarten Mühlhaujen ist die vollgefüllte Scheuer des Adolfs Eisenbreis abgebrannt.

Heidelberg, 6. Okt. Wie das Heidelberger Tagblatt erzählt, schwebt gegen den Raubmörder Siefert auch ein Weineidsverfahren. Der Raubmordprozess Siefert wird in der nächsten Schwurgerichtsperiode im November zur Verhandlung kommen. Oberkirch, 6. Okt. Von einem Begelelager wurde ein Mädchen aus Oberkirch, das auf der Straße von Haslach nach Oberkirch fuhr, angehalten; der Stroch suchte das Mädchen zu Boden zu zwingen, was ihm aber nicht gelang, da dieses sich heftig wehrte und auch entkommen konnte. Bis Biergarten verfolgte der Stroch, der vor dem Wiederfall schon zwei Kinder angehalten hatte (allerdings mit gleich negativem Erfolg), das Mädchen.

Fahrnau 5. Schopfheim, 6. Okt. Von noch unbekanntem Vurichen wurde der 24jährige Sohn eines hiesigen Obermeisters nach Einbruch der Dunkelheit zwischen Schopfheim und Fahrnau zu Boden geschlagen, geteubelt und über die Schienen gebunden. Nur dadurch, daß der Heberfallene wieder zur Bewinnung kam und den Ansehl entfernen und um Hilfe rufen konnte, entging er dem Tode.

Freiburg, 6. Okt. Nachdem, wie berichtet, das städtische Organ, das „Freiburger Tagblatt“ sein Erscheinen eingestellt hat, hat der Stadtrat beschlossen, die Bekanntmachungen der Stadtgemeinde in allen Freiburger Tageszeitungen zu veröffentlichen.

Kleine Nachrichten. In Offenburg kam einem Amerikaner seine Brieftasche mit wertvollem Inhalt abhanden. Er hatte als Finderpreis eine Belohnung von 10 000 M. ausgesetzt. Die nun festgestellt worden ist, hat sich der Chauffeur des Amerikaners die Brieftasche angeeignet. — Wie die „Offenburger Zeitung“ über die Verfolgung der Grabräuber erzählt, haben die nach der Schweiz gereisten Berliner Kriminalbeamten keine Spur der Täter gefunden.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Gehaufgebote. Adolf Schmieber von hier, Privatmann, hier, mit Anna Steng Witwe von Babenhäufen. Adolf Ehrmann von Leutschneureut, Maler hier, mit Emma Fiedler von Redarhausen.

Todesfälle. Berta Merzel, ohne Beruf, ledig, alt 48 Jahre. Wilh. Lampmann, Schlosser, Chemann, alt 77 Jahre. Aug. Weith, Backofenbauer, Chemann, alt 66 Jahre. Josef Treumel, Lademeister, Chemann, alt 56 Jahre.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landestheater

Hannelore Ziegler

ist so anerkannt, daß man nicht alles anzuerkennen braucht, was sie im Lauf eines Abends vornimmt. Eins ist gewiß nicht so schnell nachzumachen: Bei diesen Zeiten und diesen Preisen diese Menschenmenge ins Konzerthaus zu ziehen. Es ist doch viel Geld unter den Leuten! — Also am Mittwoch war der große Tag der Langbadische beiderlei Geschlechts mit Einschluß diverser älterer Leute“. Hannelore kann sich aufschlend dem Zug der Zeit zum Symbolisch-expressivistischen nicht entziehen; eine gewisse „Geweihte Hymne“ zeugte davon. Für uns, die wir kein Organ für diese Art „geistiger“ Durchdringung besitzen, hätte die Sache ungeschicklich bleiben können, zumal die folgende Gabe, nach dem Impromptu in Es von Schubert dargebracht, einen unerhörten Grad musikalisch-geistlicher Eindringlichkeit aufwies; hier war echte Gestaltung am Werk. Gestern hat im eigentlichen Sinn — die Zeiten ändern sich, fangen die alten Lateiner an, und können wir fortzuführen, die Begriffe von Langkunst ändern sich mit ihnen, — getanzelt wurde eigentlich nur zweimal (von acht Nummern); die ganz reizende, bis ins letzte stilvolle Kokos-Gavotte von Goffe und der Rosenkavalierwalzer von Richard Strauß; was sie aber, und zumal das „Orchester“ daraus machte, hatte mit dem Rosenkavalier, insonderheit mit dem Sinn dieses Walzers so gut wie nichts zu tun. Allenfalls war die 2. ungarische Rhapsodie von Bizet als Tanz anzusehen, wäre bei der prächtig temperamentvollen Verlebung nicht ein wenig angebrachter mimodramatischer Einschlag und eine aller musikalischen Ehrfurcht höhnisch sprechende Instrumentierung der Begleitmusik beeinträchtigend hinzugekommen. — Ihre besten Gaben sind stets — obwohl sie auch anders kann, wie das Schubertstück zeigte! — von einer gewissen, unübertrefflichen Ausgelassenheit getragen. Der türkische Marsch aus der Adur-Sonate Mozarts wird in dieser sehr originellen Karikierung auf der bevorstehenden Amerikareise rauchendsten Penkebeißfall finden; die musikalische Begleitung war Karikierung — anderer Art. Der Schluß, die erste und oberste Ziegler-Spezialität, der Rodeomarsch, erzeugte wieder das größte Entzücken. Und das mit Recht. Denn den macht sie wirklich unachahmlich! Der Beifall, den Preisen entsprechend, natürlich richtig groß, und außerdem: der Tanz ist ja ein „Kunstwerk“, neulich war das in der Zeitung zu lesen. Was haben wir doch für kunstbegeisterte Leute!

Aus den Kunstausstellungen

Kunsthaus Sebald

Mit Jul. Heinrich Bissier-Freiburg bringt Sebald in seiner gegenwärtigen Ausstellung eine interessante Entdeckung. Bissiers intuitive Wirkung entspringt wohl weniger rein malerischen Quellen als einer im Mystischen schwebenden Phantasie und Gestaltungssehnsucht. Vieles erinnert an den

Kreis um M. S. Böhler. Aber seine starke, in einem gewissen Volkstum wurzelnde Eigenart ließ ihn bald einen eigenen Weg finden. Doch ist bei ihm noch festzustellen, daß das Gedankliche, das „Was“ dem „Wie“, dem rein Sinnlichen, dem ohne jegliche intellektuelle Tätigkeit hervorprubeln-Müssen nicht immer glücklich die Wage hält. Unter heutigem, von Not umschatteter Dasein geheimer und vom Wolch-Industrie bedrohter Mensch trägt wohl Sehnsucht nach Verankerung und Stille in sich; ob er aber aus einer solchen ins Mittelalterliche zurückgreifenden Form des Ausdrucks irgendeine Heimstätte seines Kunstbedürfnisses, irgendeine wohltuende Entspannung, ein Rigerisches-Werden heranzücht, ist nicht gewiß. Bissiers Bild der fünf Schilddrüsen, aus gleichsam ekstatischen Wallungen, fanatischem fast monstrosen In-sich-hineinhorchen geboren. Um auf einige seiner Tafeln einzugehen, sei „Aufender Eremit“ genannt. Hier tritt uns das Wesen Mensch in über Abgeschleiftheit entgegen. Bissier bringt mit Heberproportionen das Schauerbolle unserer uns selbst rätselhaften Wesenheit zur Geltung. Ganz in die Pflanzenwelt hineinhorchend ist sein „Munsterbild“ „Schwerelille“. Seine „Muschel“ bezieht durch geheimnisvolles Farbenspiel. Ein Bild wie „Schöpfungsstag“ sagt uns nicht viel. Die sich als dem Chaos lebenden Angeln etc. wirken nicht gerade für jeden als überzeugendes Darstellungsmittel zur Idee eines Schöpfungsstages. Von tiefer Anbrunft ist der „Eamann“. Dieses Bild, kompositionell von großer Stärke, ist bezeichnend von der heiligen Handlung des Säens. Ähnliche religiöse Inbrunst befeht Bilder wie „Gregorius“, „Vision des Johannes“ von der „Königin Stab“, „Singer des Heiligen“ u. a. Ungeheure Reichtum der Farbe zeichnet das Bild „Samische“ aus. Die naive Schilderung erinnert manchmal an Renaissancemalereien, was besonders auch bei der Tafel „Münsterbaumeister“ ins Auge fällt. Deutliche Graphik bringen Blätter von Schinnerer und Peter Palm. Außerdem sind noch einige halbjährige Jahrgänger und illustrierte Madierungen des an dieser Stelle schon besprochenen Münchener Graphikers F. Staeger zu sehen. Bissier Geiger-München zeigt 6 lithographische zu Bedeckens „Lulu“, die dem in menschlichen Raiten wachsenden Dichter ebenfalls sind. — Eine wohlthuende Unterbrechung bilden die kunstgewerblichen Arbeiten Sebalds. Vor allem die Keramik nach Entwürfen des Malers Heinrich Braun. Die Stücke halten sich durchweg in schlichten gefälligen Formen und sind geschmackvoll ausgeführt. Striderteien, Vahl, seltene Wälder mit reiden, teilweise handgeschrieblich figurierten Illustrationen machen Sebalds um ernste Kunstpflege verdienten Haus auch zu einem angenehmen Aufenthaltsort. I.

Im Teppichhaus des Warenhauses Knopf stellt Chr. Köhlin eine Reihe graphischer Arbeiten aus, in welchen Talent und großer Fleiß zu hören ist. In manchen Blättern (Goldschnitt) macht er sich vor der Fessel schulmäßigen Zeichnens frei und ist auf dem Weg zur eigenen Note. Kleinerer Stücke, namentlich G-Litris und dergl., fesseln durch intime Reize und durch Begabung zu geistvoller Illustration. Die Arbeiten sind größtenteils gutgenauer Oppaus. Schon aus diesem Grunde wäre ein reger Besuch und Verkauf zu wünschen.

1. Gewerkschaftskongress des Afa-Bundes

K. Düsseldorf, 3. Oktober 1921.

Am dem mit Grün und Schwarz-rot-gold geschmückten Saal des Gesellschaftshauses „Verein“, von dessen Wand das Bild Karl Liebknechts grüßte, fand am 2. und 3. Oktober unter zahlreicher Beteiligung von Delegierten, behördlichen und Vertretern von Gewerkschaften der erste Gewerkschaftskongress des Afa-Bundes statt.

Vom Reichspräsidenten Ebert, vom Reichsinnenminister, vom Reichsjustizminister, vom Reichsminister für den Wiederaufbau, vom Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, vom badischen Arbeitsminister waren Begrüßungsschreiben eingegangen.

Aufhäuser-Berlin eröffnete den Kongress und hieß die Delegierten der sämtlichen angeschlossenen Verbände und die Vertreter der Arbeiterbewegung und Behörden willkommen. Im Besonderen begrüßte er den Vertreter des deutschen Beamtenbundes und sprach den Wunsch und die Hoffnung aus, daß man den deutschen Beamtenbund bald als dritten Bundesgenossen bewillkommen könne.

Als Vorsitzende wurden bestimmt: Aufhäuser-Berlin, Stähler-Kiel und Urban-Berlin.

Von den Begrüßungsschreiben war die von Leibart-Berlin besonders bemerkenswert. Er begrüßte den Kongress im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes und A.D.G.B. Der Internationale Gewerkschaftsbund sei von großer Freude erfüllt, daß der große Afa-Bund bei der Entscheidung zwischen Moskau und Amsterdam den Weg nach Amsterdam beschritten habe. Namens des großen Bruders A.D.G.B. begrüßte er die Überbrückung des Spaltens, der früher zwischen Hand- und Kopfarbeiterchaft getauft habe und daß man sich heute als gemeinsame Streiter gefunden habe. Er hofft auf ein dauerndes, erfolgreiches Zusammenwirken der beiden großen Spitzenorganisationen.

Landtagsabgeordneter Franz Krüger-Berlin überbrachte die Grüße und Wünsche der S.P.D., Reichstagsabg. Merkel begrüßte den Kongress im Namen der U.S.P.

Prof. Dr. Singheim-Frankfurt a. M. hielt ein hochbedeutungsvolles programmatisches Referat über die

Fortbildung des einheitlichen Arbeitsrechts,

das mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde und weiteste Beachtung aller Arbeitnehmerkreise verdient. Er führte aus: Die moderne Arbeiterbewegung ist heute eine Bewegung aller Arbeitnehmer Arbeiter, Angestellte, Beamte, Lehrlinge. Sie drängt nach gleichberechtigter Mitwirkung bei der Regelung aller wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten. Die besonderen Interessen der abhängigen Arbeit sind damit in den Mittelpunkt der Gesetzgebung getreten. Diesen Tendenzen entspricht die Forderung nach einem einheitlichen, autonomen und sozialen Arbeitsrecht. Das einheitliche Arbeitsrecht hat einen doppelten Sinn. An die Stelle der geschichtlich zufälligen Sonderregelungen für einzelne Arbeitnehmergruppen soll für die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer ein allgemeines Arbeitsrecht mit einheitlichen Grundgedanken in einheitlichem Aufbau treten, das aber Sondervorschriften nicht ausschließt, wenn innere Gründe sie erforderlich machen. In die Stelle des zersplitterten Behördensystems sollen einheitliche Arbeitsbehörden treten, in denen abteilungsweise alle auf das Arbeitswesen sich beziehende öffentlichen Funktionen vereinigt sind.

Das autonome Arbeitsrecht soll den Gedanken verwirklichen, daß innerhalb der allgemeinen staatlichen Gesetze in erster Linie die beteiligten Arbeitnehmer und Arbeitgeber dazu berufen sind, selbstständig das Arbeitsrecht zu schaffen. Die beiden Formen für diese Selbsttätigkeit sind die Tarifautonomie und Miteigentum. Die Träger der Tarifautonomie können nur selbständige und unabhängige Gewerkschaften sein. Als Träger der Miteigentum sind die Betriebswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat heranzuziehen, die dadurch für das Arbeitsrecht ein selbständiges Leben gewinnen können, daß ihnen der Staat Verordnungsgebung überweist, die seither staatlichen Zentralbehörden zutraf.

Der soziale Gedanke im Arbeitsrecht beruht auf der Anschauung, daß die Arbeit nicht nur privater, sondern auch gesellschaftlicher Charakter hat und daß das gesellschaftliche Interesse den besonderen Schutz der Arbeit erfordert. Die Gesetzgebung muß in fortwährendem Maße in allen arbeitsrechtlichen Beziehungen diesen Gedanken verwirklichen. Hierbei sind alle Versuche abzuweisen, die, wie die Kapital- und Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer in den einzelnen Betrieben, die Entwicklung des sozialen Gedankens nicht fördern, sondern hemmen. Das Ziel ist die in ihren Lebensinteressen gesicherte Arbeit in organisierter Gesamtwirtschaft.

In der sehr ausgedehnten Ansprache wurde besonders darauf hingewiesen, daß in den kleinen und Zweigbetrieben die Arbeitnehmer nicht den genügenden Schutz habe. Dieser unzulässige Zustand würde noch verschärft, wenn am 31. März 1922 die Verordnung vom 12. Februar 1920 außer Kraft trete. Eine entsprechende Entschärfung der Verordnung wurde einstimmig angenommen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung Reorganisation des Afa-Bundes hielt Bruno Süh-Berlin das einleitende Referat. Er begründete den von einer hierzu bestimmten Kommission ausgearbeiteten neuen Satzungsentwurf. Die Aenderung, die die neue Satzung dem alten Zustand gegenüber bringt, liegt darin, daß der Afa-Bund die einheitliche Spitzenorganisation aller freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen wird und damit eine klare, freundschaftliche Abgrenzung des Organisationsgebietes der beiden Spitzenorganisationen Afa und A.D.G.B. geschaffen wird. Der A.D.G.B. verzichtet auf die Mitgliedschaft von Angestelltenverbänden zugunsten des Afa-Bundes. Das fortwährende Zusammenarbeiten beider Spitzenorganisationen in allgemeinen Arbeitnehmerfragen wird durch einen besonderen Kartellvertrag gewährleistet.

Nach einer lebhaften Debatte wurde der von der Kommission ausgearbeitete Satzungsentwurf und die freigewerkschaftlichen Grundzüge einstimmig angenommen.

Der bereits gefälligte Kartellvertrag zwischen der Afa und dem A.D.G.B. wurde nachträglich vom Kongress, ebenfalls einstimmig, sanktioniert.

Einem Antrag der kleinen und mittleren Verbände, daß auch sie eine Vertretung bei den ehrenamtlichen Vorsitzenden finden, wurde ebenfalls stattgegeben.

Ueber Arbeitsschulen sprach Abgeordneter Lüdemann. Er führte aus, daß es nicht nur der Aenderung von Gesetzesentwürfen, der Schaffung von neuen Gesetzesformulierungen bedarf, um zu neuen sozialen Rechtszuständen zu kommen, sondern daß es unbedingt notwendig sei, gleichzeitig auch Personen zu haben, die in der Lage sind, das neue Recht durchzuführen, auszugestalten, zu handhaben und weiterzubilden. Die Dinge würden heute so liegen, daß die akademisch geschulten Volkswirte zum mindesten 90 Prozent im Dienste des Kapitalismus ständen, sei es in Unternehmerorganisationen, Arbeitgeberverbänden, Kartellen, Syndikaten und dergleichen mehr. Eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften müsse es sein, Menschen aus ihren eigenen Reihen nachträglich so zu schulen, daß sie in der Lage sind, auf der einen Seite voll erfüllt mit dem sozialen Gedanken die Gewerkschaftsbewegung, auf der anderen Seite ausgerüstet mit dem ganzen nationalökonomischen Wissen unserer Organisationen das bieten zu können, was die Unternehmerrchaft jetzt zur Verfügung hätte. An den Gewerkschaften

liege es nur, dafür zu sorgen, daß solche Schulen bald ins Leben gerufen würden. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion traten alle Redner mit einer Ausnahme den Ausführungen Lüdemanns bei und die Notwendigkeit der Schaffung von Einrichtungen zur Heranbildung von Volkswirten aus Arbeitnehmerkreisen.

Den letzten Tagesordnungspunkt: Die Neurechnung der Sozialversicherung behandelte Hellmut Lehmann-Dresden, Geschäftsführer des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges und insbesondere der Nachkriegszeit haben die Grundlagen der heutigen Sozialversicherung erschüttert und als unzulänglich erwiesen. Das von den Grundrissen der privatkapitalistischen Lebensversicherung abgeleitete Kapitaldeckungsverfahren der Invaliden- und Angestelltenversicherung hat versagen müssen. Auf der Grundlage der gegenseitigen solidarischen Haftung aller Versicherten beruhend hat sich die Krankenversicherung durch ihre Selbstverwaltung den wirtschaftlichen Bedürfnissen anpassen vermocht, soweit sie nicht durch die Staatsbürokratie daran gehindert wurde. Für die künftige Sozialversicherung dürfen daher die Grundlagen der Krankenversicherung in erster Linie mit in Betracht kommen. Sämtliche Institute der Sozialversicherung sind in einem einheitlichen Selbstverwaltungskörper aufzufassen, gegliedert nach örtlichen und beruflichen Wirtschaftskreisen ohne unbedingte Bindung an die bezahlte Einstellung der staatlichen und gemeindlichen Verwaltungsorganisation. Die Arbeitnehmererschaft müsse grundsätzlich eine Umgestaltung der heutigen Sozialversicherung zu einer allgemeinen Volksfürsorge fordern.

Zu dieser Materie wurde eine Entschärfung angenommen, die verlangt, daß der Reichstag den von der Regierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte nicht in der vorliegenden Form verabschiedet, sondern die Eingliederung der Angestelltenversicherung in die Invalidenversicherung drängt, daß die jeweils besseren Bestimmungen der beiden Versicherungsgesetze beibehalten und erweitert werden.

Bei der Vorstands Wahl wurden gewählt als Vorsitzende: Aufhäuser, Süh, Stähler; als stellvertretende Vorsitzende: Schmeider, Urban, Leonhardt und Ridel.

Leipziger, Vorsitzender des A.D.G.B. gab mit besonderer Freude seiner Befriedigung Ausdruck über den zustande gekommenen Organisationsvertrag zwischen Afa und A.D.G.B. und hofft auf gute geistliche Zusammenarbeit im Interesse der allgemeinen Arbeitnehmererschaft.

In seinem Schlußwort dankt Vorsitzender Aufhäuser dem Deutschen Verleger-Verband Düsseldorf für die gewährte Gastfreundschaft und die vortrefflichen Vorbereitungen. Der erste Afa-Gewerkschaftskongress habe die innige Zusammengehörigkeit der einzelnen Afa-Verbände bewiesen und dem Gegner den Beweis geliefert, daß auch die Angestelltenerschaft auf freigewerkschaftlichem Boden stehe. Mit diesem Beweise erfülle der Gedanke, daß die freigewerkschaftliche Arbeitnehmererschaft der Hort aller schaffenden Arbeit sei. Der Kongress habe sich nicht in materiellen Forderungen verloren, sondern an der sozialen Fortentwicklung gearbeitet, er habe Volkspolitik getrieben. Er habe Politik auf der Höhe mit dem Ziel: Wir wollen das Recht der schaffenden Menschen.

Damit waren die Arbeiten des ersten Afa-Gewerkschaftskongresses beendet. Er hat nicht nur der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung neue Wege und Ziele gezeigt, sondern auch die Einheitsfront der Hand- und Kopfarbeiterchaft fest begründet. So stellt man der Macht des Kapitals die geeinte kraftvolle Macht der Arbeitnehmererschaft entgegen.

Rekte Nachrichten

Das Urteil im Cöthener Hochverrats-Prozess

Leipzig, 5. Okt. Das Reichsgericht hat heute nachmittag im Cöthener Hochverratsprozess das Urteil verkündet. Wegen verschiedener Straftaten wie Hochverrat, Beihilfe zum Hochverrat, Freiheitsberaubung, Gefangeneneraubung, Verabredung eines hochverräterischen Unternehmens und Aufforderung zum Hochverrat wurden insgesamt 17 Angeklagte zu Festungstrafen von einem Jahr und sechs Monaten bis zu sechs Jahren, ein Angeklagter wegen schwerer räuberischer Erpressung, Beamtenentzweiung, verurteilt zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die Strafen, welche von dem außerordentlichen Gericht in Dessau feinerzeit verhängt worden, fallen weg und werden auf die jetzt erkannten Strafen im Verhältnis von acht Monaten gleich ein Jahr Festung angedreht. Desgleichen wird einem Verurteilten ein Teil der Unteruchungshaft auf die Strafe angerechnet. Fünf weitere Angeklagte wurden freigesprochen.

In der Urteilsbegründung wird u. a. ausgeführt: Die umstrittene Frage, ob die außerordentlichen Gerichte ohne Verletzung der Verfassung eingesetzt worden sind, wird bejaht. Die von jenen Gerichten erkannten Strafen sind daher zu Recht ergangen. Da aber in ihren Verhandlungen der Tatbestand nur unter dem Gesichtspunkt der verbotenen Truppenbildung beurteilt worden ist, so war es nach der bestehenden Rechtsprechung möglich, dieselben Handlungen noch unter dem Gesichtspunkt des Hochverrats abzuurteilen, doch waren die in Dessau erkannten Strafen in Anrechnung zu bringen.

Eine Krise in der Bayerischen Volkspartei?

München, 5. Okt. In der Bayerischen Volkspartei gärt es, und zwar deshalb, weil ein Flügel der Partei fraglos links orientiert ist und weil der weitaus größte Teil der Wähler der Bayerischen Volkspartei mit dem Fallentlassen Kahrs durchaus nicht einverstanden ist. Dazu kommt, daß in Mittel- und Unterfranken Streitigkeiten im Gange sind, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Reichszentrum herbeizuführen.

Der neugewählte thüringische Landtag

Weimar, 6. Okt. Der neue thüringische Landtag wurde heute eröffnet. Zum Präsidenten des Landtags wurde Abg. Leber (Soz.) aus Jena, zum 1. Vizepräsidenten mit Stimmenmehrheit Abg. Baum (Landb.) aus Rauschwitz, zum 2. Vizepräsidenten Abg. Drexler (U.S.P.) gewählt. Nach Eröffnung einiger geschäftlicher Formalitäten wurde die Sitzung geschlossen, um den verchiedenen Fraktionen Gelegenheit zu geben, zur Frage der Regierungsumbildung Stellung zu nehmen.

Streik in der chirurgischen Industrie

Berlin, 6. Okt. Anfang dieser Woche haben die Angestellten in der chirurgischen Industrie infolge Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt. Das hat zur Folge, daß die einschlägigen Detailgeschäfte seit einigen Tagen geschlossen sind.

Die Riesenkosten der Besatzungslast

Paris, 6. Okt. Auf der Grundlage des heute vormittag mitgeteilten Beschlusses der Reparationskommission für die Berechnung der Besatzungskosten, für die bis zum 1. Mai 1921 der Durchschnittspreis desjenigen Vierteljahres zu berechnen ist, in dessen Verlauf die Ausgaben entfallen sind, betragen diese Kosten für die Zeit vom 11. November 1918 bis zum

30. April 1921 in der Währung der einzelnen Besatzungsmächte: Amerika 278 067 610 Dollar, Frankreich 2 304 850 470 Franken, England 52 881 298 Pfund Sterling, Belgien 378 731 390 belgische Franken, Italien 15 207 717 Lire. Auf Ersuchen Frankreichs hat die Reparationskommission beschlossen, die Besatzungskosten nach dem Durchschnittskurs des Vierteljahres in Goldmark umzurechnen. Daraus ergeben sich folgende Ziffern: Amerika 1 106 732 830,12 Goldmark, Frankreich 1 276 450 838,42, England 991 016 859,33, Belgien 144 706 228 27, Italien 10 064 861,29 Lire; zusammen für die Zeit vom 11. November 1918 bis zum 1. Mai 1921 auf rund 3 639,5 Millionen Goldmark.

42% des Weltgoldvorrates in Amerika

W. New York, 6. Okt. Nach einer Mitteilung des Schatzamtes beträgt der Gold der flüssigen Mittel 3 946 568 000 Dollar, während die Gesamtsumme um 1 778 000 Dollar geringfügig ist. Die Goldvorräte betragen am 1. September ds. J. 3 373 417 980 Dollar, das bedeutet eine Zunahme von 88 809 518 Dollar seit dem 1. August. Es ist das die höchste Zahl in diesem Jahre. Unter dem Goldvorräte befinden sich 18 Millionen Goldmark aus den Reserven der Deutschen Reichsbank. Die Vereinigten Staaten verfügen über 42 Proz. der Gesamtgoldvorräte.

Schlusssitzung in Genf

Genf, 8. Okt. Die zweite Tagung der Völkerbundversammlung nahm heute abend 6 Uhr ihr Ende, nachdem sie genau einen Monat gelagert hatte. Der Präsident der Versammlung, van Karnebeek, holländischer Minister des Innern, hielt unter laulicher Stille des vollbesetzten Saales in französischer Sprache die Schlußrede. In großen Zügen entwarf er ein Bild der vollbrachten Arbeit, denn die Abschiedsstunde, so sagte er, sei auch die Stunde der Genüßprüfung und der Verantwortung vor den Regierungen und vor den Völkern. Es müsse gegeben werden, daß der Gedanke der internationalen Vereinigung und Zusammenarbeit, gleichviel in welcher konkreter Form, ein endgültiges Amt der Menschheit geworden, daß der Völkerbundgedanke konsolidiert und daß fruchtbarere Arbeit geleistet worden sei. Unter den Ereignissen der diesjährigen Tagung zählte der Präsident die Maßnahmen zur Verhinderung des Opiumgenusses, des Wadchen- und des Kinderhandels und die Versatzungsarbeiten der 1. Kommission auf, die oft bedeutungsvolle politische Fragen berührten. Außerdem habe der Völkerbund die Zahl seiner Mitglieder vermehrt und das Tor für diejenigen offen gehalten, die zu gegebenen Stunde sich ihm anschließen und das Haus der Völker vervollständigen wollten. Auch in der Abschiedsrede wurde der Fortschritt verzeichnet können, deren Bedeutung er allerdings nicht übertrieben wolle, denn der Weg sei lang und das Problem verwickelt. Endlich gedachte er der Errichtung des internationalen Gerichtshofs. Unter großer Aufmerksamkeit des Hauses fragte der Redner hinzu: Was die oberste Frage betrifft, so wissen wir, daß die Arbeit der vier Nationalstaaten, denen das Vorstadium dieses wichtigen Problems anvertraut wurde, sich auf gutem Wege befindet, sodas wir voraussehen können, daß der Völkerbundrat in Inger Zeit die Lösung mitteilen kann, die er empfiehlt. Zum Schluß betonte van Karnebeek, daß das weltweite Ergebnis der Tagung der Geist sei, der die Arbeiten beherrschte, und die Imponabilitäten, die den wachsenden Glauben an die Zukunft des Völkerbundes rechtfertigen. Darauf erklärte der Präsident die zweite Tagung der Völkerbundversammlung für geschlossen.

Spenden für Oppau

Berlin, 5. Okt. Außer den bereits bekanntgegebenen größeren Spenden sind beim Reichshilfsauschuß für Oppau folgende größere Beträge eingegangen: von der Reichsanstalt für wissenschaftliche Hilfsmittel 1 500 000 M., Dresdener Bank 200 000 M., Diskonto-Gesellschaft und Bank für Handel und Industrie 300 000 M., Firma Warburg Hamburg 500 000 M., Pfälzische Bank 200 000 M., Leipziger Neueste Nachrichten (1. Rate) 140 000 M., Bankhaus Reichardt, Bankhaus Wendelsohn u. Co. und Schaffhausen'scher Bankverein je 100 000 M., Barmer Bankverein, A.G. für Antikinfabrikation, Verein zur Wahrung der deutschen Interessen Deutschlands, Berliner Tageblatt (1. Rate) je 100 000 M., 6. Okt. Die Sammlung der „Frankfurter Zeitung“ für die Opfer der Katastrophe in Oppau hat am heutigen Tage die Summe von zwei Millionen überschritten.

Briefkasten der Redaktion.

A. P. Wenden Sie sich an Ihre zuständige Organisation, die Ihnen genaue Bescheid erteilen kann.

Schreibleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Überlicht und Rekte Nachrichten Hermann Adel; für Politische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giesek; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Bereinsanzeiger

Die zu 4 Stellen
Nr. 1.30 die Stelle
Bereinsanzeiger haben unter dieser Rubrik keine Aufnahme.
Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag Wanderung zur Teufelsmühle, Abf. 8.31 Uhr, Abfahrtsbahn Herrenalb, Sonntagssahrfahrt nach. 6444
Karlsruhe. (Mittelheim-Gesellschaft.) Seufen abend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal. 6440
Karlsruhe. (Deutscher Metallarbeiterverband.) Am Montag, den 10. Oktober, nachmittags 5 Uhr, Bauhilfsversammlung in der Cambriushalle. Das Erscheinen aller Kollegen ist erwünscht. Die Brandheilung.
Durlach. (Arbeiter-Sportverein.) Samstag, 8. Oktober, abends 8 Uhr, im „Lanndauer“ Monatsversammlung, Zahlreiches Erscheinen erwünscht. 6441 Der Vorstand.
Ettlingen. (Freie Turner-Gesellschaft.) Samstag abend halb 8 Uhr Monatsversammlung mit Vortrag im Vereinslokal. Sonntag abend 7 Uhr Osterabend. Zu zahlreichem Besuch beider Versammlungen ladet freundlich ein. 6443 Der Vorstand.

Wäsche, wasche dich selbst, das ist das Leitmotiv des Wäsche-prozesses mit Persill. Dieses erfindungsgemäße selbsttätige Wäschemittel, dessen Zusammensetzung aus wissenschaftlicher Grundlage beruht, macht alle anderen bisher gebräuchlichen Wäschemittel, wie Seife, Seifenpulver, Chlor, Soda usw., entbehrlich und darf mit diesen in keiner Weise verwechselt werden. Während bei den bisherigen Wäschemitteln die Wäsche — namentlich durch das Reiben und Wringen — mehr oder weniger angegriffen werden, schon Reiben die Wäsche außerordentlich, da es Schmutz, Fett und Flecken aller Art spielend löst, aber das Gewebe absolut nicht beschädigt. Besonders vorteilhaft macht sich dieser Umstand bei feiner Wäsche, Spitzenstoffen usw. bemerkbar, die in Berücksichtigung nur eine gewisse Zeit zu stehen brauchen, um sie tadellos zu reinigen. Es kann daher der Gebrauch dieses Wäschemittels, das heute schon wieder millionenfach angewendet wird, nicht dringend genug empfohlen werden. Man wird alsdann zu der Lieberzeugung gelangen, daß es jede andere Wäschemittel übertrifft. Man erhält Persill in allen einschlägigen Geschäften, Kolonialwaren-, Drogen- und Seifenhandlungen wieder in denäherer Friedensqualität.

Pfannkuch & Co.

Gemüse-Nudeln
Pfund 7.—

Maccaroni
Italien. Ware
Pfund 8.50

Paniermehl
Pfund 4.—

Schneider
auf Großfläche, in oder außer dem Hause gesucht. Dauernde Arbeit garant. F. Kiefer, Baden-Baden

Behandlung.
Beim hässlichen Sockenmeister, Schlachthausstr. 17, befinden sich herrenlos:
ein Fingerring, weiblich,
ein Fingerring, männlich,
ein Fingerring, männlich,
ein Schnurger, weiblich
Nicht innerhalb 3 Tagen abgeholt. Tiere werden getötet bezgl. versteigert.
Karlsruhe, 6. Okt. 1921.
Stadt. Schlacht- und Viehhofamt.

Neue Küchen
Büffet, Credenz, Tisch, 2 Hocker u. 2 große Kleiderchränke billig zu verk.
E. Graf, Rippurrerstraße 24 a, IV. St. 6223

Arbeits-Anzüge
Drill-Anzüge
Arbeits-Hosen
Feld-Luchhosen
in großer Auswahl zu billigsten Preisen.
Levy
An- und Verkaufsgeschäft
Markgrafenstr. 22,
Telephon 2015. 6142

DIE FÜHRENDE BAYERISCHE TAFEL-MARGARINE

Sennerlei

VEREINIGTE MARGARINEWERKE NÜRNBERG
VORN-HCH-LANG & SÖHNE // VORN-SALB & WOHL

Beierthheimer Fußballverein E.V.
Sportplatz hinterm Hauptbahnhof
630

Sonntag, 9. Oktober
3 Uhr
auf unserm Platze
Eiga-Spiel
gegen
Sp.-Cl. Freiburg
2. und 3. Mannsch.
gegen
F.-V. Knielingen
Beginn 1/2 u. 12 Uhr.
Juniores
in Karlsdorf
Abfahrt 12.30.
Mitgliedskarten sind an der Kasse vorzuzeigen.

Naturheilverein Karlsruhe
e. B. 6140
Am Sonntag, den 9. Oktober, findet bei günstiger Witterung ein **Verbsausflug** nach den Rheingebirgen „zur Belle“ bei Eggenstein statt, wozu wir unsere Mitglieder u. Angehörige freundlichst einladen. **Zusammenkunft** vormittags 8 Uhr Ecke Hordstraße und Kaiserallee. **Rundbrot** ist mitzunehmen. Der Vorstand.

Pfannkuch & Co.

Neue Rabungen Spezial-Mehl

65prozentige südd. Mählung
Pfund 3.90
Zentner Mark 385.—

Weizengrieß
Pfund 4.80

Kinderwagen
Korb-waren aller Art, empfohlen A. Jörg, Amalienstr. 59
Alle Reparaturen prompt und billig.

Konzerthaus

Samstag, 8. Oktober, 7 1/2 Uhr
Arien- und Lieder-Abend
k. u. k. Kammersänger Leo

SLEZAK

von der Wiener Staats-Oper
Am Klavier: Musikdirektor Honndorf.
Konzertflügel von Steinway aus dem Lager von Maurer
Karten zu 35.—, 30.—, 25.—, 20.—, 15.—, 10.— und 7.50
(einschl. Steuer und Einlagegebühr) bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39.

Am Montag, den 10. ds. Mts., bleiben unsere Diensträume wegen der Hauptreinigung für das Publikum **geschlossen.**
Stadthauptkasse A.

Mädchen-Frauenchor „Einigkeit“ Karlsruhe.

Sonntag, den 9. Oktober 1921, nachmittags 3 Uhr, im „Walhalla-Saal“

1. Stiftungs-Fest

Mitwirkende:
Herr Georg Scheidogg (Violine),
Herr Ferdinand Kübel, Vortrag,
der Frauenchor des Vereins und
Mitglieder des Chors
Dirigent: Herr Louis Baldas

Nach Schluß des Programms **TANZ.**
Wir laden Freunde und Gönner des Vereins zu dieser Feier höf. ein.
6425 **Der Vorstand.**

STADTGARTEN

Freitag, den 7. Oktober, nachmittags von 4-7 Uhr
Volksstümliches Konzert
(Musikverein Harmonie) 2315

Eintritt: 1.20 M. (Jahreskarten), 2.20 M. (Sonstige) Kinder je die Hälfte. **Vorverkauf:** Verkehrsverein und Schalterkassen des Stadtgartens.

Uhrenhaus Oscar Kirschke Karlsruhe
Kriegstrasse 70, am alten Bahnhof.

Offertiere für den Herbstbedarf:
Weckeruhren 45.—, 55.—
Küchenuhren, 1 Tag, 8 Tag,
14 Tag - Werk 75, 100, 150.—
Regulateure
14 Tag Schlagwerk 200, 250.—
Salon-Uhren, grosse, mod.,
14 Tag Gongschlag 300, 350.—
Dt.-Anker-Uhren 45, 65, 75.—
Schweiz. Zylinder- u. Präzisionsuhren 150, 250, 350.—
Haus-Stand-Dielen-Uhren 1400, 1600, 2000.—
Armbanduhren
in Gold und Silber von 250.—

Wir suchen zum sofort. Eintritt tüchtige selbständig arbeitende **Feuerhämmer, Holzmaschinenarbeiter, Karosserie-Blechner u. Wagenlackierer.**
Benzwerke Gaggenau
Gaggenau im Nurltal. 2215

Rein-Aluminium

aller schönste Ausführung
empfiehlt noch zu alten Preisen
trotz des enormen Aufschlags
sowie sämtliche

Haus- und Küchengeräte.

Richard Flohr
Kaiserstraße 59 **Telefon 3561**
Brauteute erhalten Rabatt.

Arbeiter-Bildungsverein E.V.

Samstag, 8. Oktober, abends 8 Uhr,
im Saale der „Drei Linden“
in Karlsruhe-Mühlburg

Feier d. 59. Stiftungsfestes

Mitwirkende:
Fräulein Erika Hofstetter und Rosel Landwehr (Gesang), **Männerchor** und gemischter Chor, Turner und Turnerinnen des Vereins.

Leiter der Chöre und am Flügel:
Musiklehrer Hans Mann.

Leiter der turnerischen Vorführungen:
Turnwart **Karl Kolb, Willy Würz** und **Edmund Roth.**

Nach Schluß der Vortragsfolge: **Ball.**
(Ende 2 Uhr.)

Wir laden unsere Mitglieder und Freunde hierzu ergebenst ein und bemerken, daß besondere Einladungen an unsere Mitglieder nicht ergehen.

Eintrittskarten zum Preise v. 1.50 Mk. (für Mitglieder) und 2.20 Mk. (für Nichtmitglieder) sind bei unserem Hausmeister, Wilhelmstraße 14 und an der Abendkasse zu erhalten. 6434

Der Vorstand.

Ein noch guterhaltener **Neberzieher**
mittl. Gr., starke Fig., ist billig abzugeben.
Hudolfstr. 23, p. 4. St. r.

Bad. Landestheater.
Freitag, 7. Oktober, 8 1/2 u. 10 1/2 Uhr — M. 17.—
Th. Gem. B. V. B. Nr. 2801-3100.
Die Königskinder.

Im Landestheater. **Spielplan v. 8. bis 16. Oktober.** *Sa. 8. *Zum ersten Male „Die beiden Seehunde“, Lustspiel in 3 Akten von Karl Rössler (14.40) — So. 9. Neu einstudiert: „Don Juan“ — Einmaliges Gastspiel der bayr. Kammersängerin **Hermine Bosetti** vom National-Theater in München als **Donna Elvira** 6 1/2 (25.—) Die. 11. „Die verstellte Einfalt“ (La finta semplice). Th. Gem. B. V. B. Nr. 3101-3400. 7 (20.—) — Do. 13. *Katte“ Th. Gem. B. V. B. Nr. 3401-3600 u. 1-400, 7 (12.—). — Fr. 14. „Der fliegende Holländer“ (Th. Gem. B. V. B. Nr. 401-700. 7 (20.—) — Sa. 15. *Die beiden Seehunde“ 7 (14.40) — So. 16. nachm. 2 Uhr. Uraufführung: „Der Froschkönig“ oder „Der eiserne Helm“. Ein Märchenstück in 3 Bildern von Robert Bürkner (7.—), abends 6 Uhr, neu einstudiert: „Der Prophet“ (25.—).

Im Konzerthaus. So. 9. *Son Windhund“ 7 (12.20) im Konzerthaus. Fr. 14. Volksbühne B. 1. zum erstenmal. **Rose Bernd**, Schauspiel in 5 Akten von Gerhart Hauptmann 7.

Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde jeweils am Vortrag und Tag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10-1/2, 4-6 Uhr).

Vorschlag für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 8. Okt. nachm. 1/2-5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 10. Okt. an. 2312

Danksagung.

Zur goldenen Hochzeits-Feier sind uns so viele herzliche Glückwünsche zugegangen, daß wir nicht jedem persönlich, wie wir gerne möchten, danken können. Wir bitten daher, unsern innigen Dank auf diesem Wege entgegenzunehmen. Besonders danken wir herzlich allen unsern Mitbürgern, dem Bürgermeister und Gemeinderat, dem Gesang- und Bürgerverein „Harmonie“, dem Veteranenverein und der Musikkapelle. Wir wünschen Allen von Herzen guten Mut und Gottes Segen für die Zukunft.

Durmersheim, 6. Oktober 1921. 646

A. Mehl, Rektor a. D. und Frau.

Pfannkuch & Co.

Margarine

Marke 6621

Trumpf
13.—

Perplex
16.—

Esfol Gold
Erf. für Tafelbutter
18.50

Einige tüchtige gelernte Fach-Arbeiter
für Messingtreiarbeiten (Kammerarbeiten) ebentl. tüchtige Klempner zu sofortigem Eintritt **gesucht.**
Karlsruher Kunstgewerbl. Werkstätten
E. F. Otto Müller
Karlsruhe, Kaiserstr. 138.

Strickarbeit
wird angenommen
Luisenstr. 91, Hth. III. 6439

Gau-Raninchen-Schau

verbunden mit **Beltschau und Gluckshafen**

am Samstag, den 8., und Sonntag, den 9. Oktober, im **Stefanienbad Beierthheim.**

500 prämierte Raninchen aller Rassen.

Damenhemden m. Stickerei v. Mk. 28.75 an **Bemkleider** von Mk. 29.95 an
Nachjacken, farbig gute Qualität Mk. 32.75
Männerhemden Mk. 70.—
Knabenhemden und Mädchenhosen in verschiedenen Preisen.
Kinderstrümpfe, schwarz Mk. 15.—
und verschiedenen Farben Mk. 5.95
Damenstrümpfe Mk. 9.95

Elegante Wäsche und Garnituren werden gut und prompt angefertigt.

Stickereien.

Beideck, Wilhelmstr. 133,
partelle, kein Laden. 6439

Die im **stätt. Friedrichsbad**
abgebrannten **Baunerbäder I. u. II. Kl.** sind wieder neu aufgebaut und können am **Freitag, den 7. Oktober ds. J.** in der Zeit von 9-1 Uhr vormittags und 1/2-5 Uhr nachmittags unentgeltlich besichtigt werden.

Ab **Samstag, den 8. Oktober ds. J.** sind dieselben **wieder geöffnet!**

Häuser
u. Geschäfte, Villen, Hotels, teils sof. beziehb., zu verk.
W. Rufam, Liegenchaftsbüro, Serrenstraße 33.

Berberplatz 31 III Bdb.
ist ein möbl. Zimmer auf sofort zu vermieten.

1 mittelgroßer Herd
samt Rohr in tadellosem Zustand ist billig zu verkaufen.
Zurlacher Allee 243 A.

Wenn Sie empfehlen die **Zucker's Patent-Medizin**.
Siehe gegen unzureichende Quant. **Wittler.**

Pisnal
Anstehen
Vulkan u. Spezial-
arzt Dr. W.
Dopp-
Zuckerkremes (nicht leitend u. fettlos) in allen Apotheken, Drogerien, Conditoreien u. Restaurationen erhältlich.

Pfannkuch & Co.

Weitere Waggons Bodensee-Tafelobst

Pfund
Mk. 1.60
bis
Mk. 2.—